

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 35
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
30. August 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postämter. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: H. Scheffler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.
Telefon: Amt Jannowitz 82 46.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.
Rebellenvermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Das Lohnamt hat gesprochen.

In dem Vierteljahrhundert, seitdem unser Verband in zentralen Vertragsbeziehungen zum Arbeitgeberverband steht, haben zahlreiche Verhandlungen stattgefunden. Dabei ist es interessant, festzustellen, daß sich fast jedesmal unvorhergesehene Schwierigkeiten einstellten, die meist im Zusammenhang mit den Organisationsverhältnissen im Unternehmerlager standen. Diese Zwischenspiele bezogen sich auf die verschiedenartigsten Gegenstände, und immer wieder gibt es auf diesem Gebiete etwas Neues. So auch diesmal.

Daß einzelne Bezirksverbände aus dem Arbeitgeberverband austreten und später wieder eintreten, ist eine Erscheinung, die man schon öfters erlebt hat. Der mit Schluß des vorigen Jahres erfolgte Austritt der Bezirksverbände Schlesien und Württemberg bekam aber eine besondere Bedeutung, weil er in Verbindung mit der Kündigung der Lohnabkommen durch den Arbeitgeberverband zur Aufstellung wichtiger vertragsrechtlicher Probleme führte. Es ist anzunehmen, daß die weiter blickenden Führer im Arbeitgeberverband die Entwicklung der Dinge kommen sahen, aber es ist auch keine neue Erscheinung im Unternehmerlager, daß diese Führer gegenüber dem Ansturm der wilden Draufgänger in der Minderheit bleiben. So gingen denn die Dinge ihren Lauf. Ob zum Vorteil der Organisation der Unternehmer, das zu entscheiden mag denen überlassen bleiben, deren Aufgabe es ist, darüber zu wachen, daß ihr kostbares Porzellan nicht völlig in die Brüche geht.

Die Bestimmungen des Mantelvertrages über die Lohnbildung sind das Ergebnis sehr gründlicher Beratungen. Unsererseits waren bei den Vertragsverhandlungen andere Vorschläge gemacht worden; das in dieser Beziehung geltende Vertragsrecht entspricht den Wünschen der Unternehmer. Mit vollem Vorbedacht wurde diese Art der zentralen Lohnbildung gewählt. Der Austritt wichtiger Bezirksverbände stellte die Vertragstreue des Arbeitgeberverbandes auf eine schwere Probe. Er hat sie nicht bestanden. Als mildernden Umstand muß man ihm allerdings zugute halten, daß er im Hinblick auf das weitere Schicksal seiner Organisation Ursache hatte, sein Zart umzugehen mit diesem Knaben Absalom, der jetzt eigene Wege gehen wollte.

Der Mantelvertrag sagt deutlich, daß die tariflichen Etlöhne in zentralen Verhandlungen zentral festgesetzt werden. Diese klare Vertragsbestimmung wird verletzt, wenn eine Vertragsseite erklärt, daß sie nur für einen Teil des Vertragsgebietes in Lohnverhandlungen einzutreten will. Aus dieser unhaltbaren Einstellung unseres Vertragspartners ergibt sich die Taktik des Arbeitgeberverbandes. In den Parteiverhandlungen hätte ein neues Lohnabkommen nur für alle Bezirke gültig vereinbart werden können; deshalb mußten diese Verhandlungen fruchtlos bleiben. Aus dem gleichen Grunde mußte aber auch der Zusammentritt des Lohnamtes verhindert werden. Das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums, das aus eigenem Entschluß dem vertraglichen Lohnamt einen unparteiischen Vorsitzenden stellen wollte, war dem Arbeitgeberverband wenig erwünscht. Daher die Witzelzüge und Einwände, die schließlich doch nicht durchgehalten werden konnten.

Am 21. August trat das Lohnamt im Reichsarbeitsministerium zusammen. Als Vorsitzender fungierte der Schlichter für Pommern, Oberregierungsrat Friedländer. Wieder mußte zunächst die Frage der aus dem Arbeitgeberverband ausgeschiedenen Bezirke Schlesien und Württemberg erörtert werden. Vertreter aus diesen Bezirken waren erschienen. Ihnen wurde zugestanden, daß sie eigene Beisitzer des Lohnamtes entsenden, wenn über ihre Bezirke verhandelt wird. Das genügte ihnen nicht, sie verlangten auch die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Mantelvertrages, welche die Geltung der bezirklichen Lohnsätze von der Anerkennung durch die zentralen Vertragsparteien abhängig macht. Eine solche Vertragsänderung konnte ihnen nicht zu-

gestanden werden. Sie zogen unter Protest ab, was zur Folge hatte, daß in ihrer Abwesenheit auch für Württemberg und Schlesien verhandelt wurde.

Die Verhandlungen der Bezirksparteien vor dem Lohnamt wurden vereinfacht, indem man sich darauf beschränkte, von jeder Partei je drei Redner für alle Bezirke sprechen und die für alle Bezirke gleichlautenden Forderungen begründen zu lassen; die eigentlichen Kämpfe spielten sich im Lohnamt selbst ab. Hier zogen sich die Verhandlungen am 22. August bis in die späten Nachtstunden hin. Gegen Mitternacht wurden die 16 Schiedsprüche verkündet, welche das Lohnamt mit Mehrheit gefällt hatte. Sie enthalten als Ziffer 1 den Satz: „Für ... beträgt der tarifliche Etlohn ... Mk.“ In die hier offengelassenen Lücken sind der Name des Bezirksvertragsgebietes und der Betrag des Etlöhnes eingefügt, und zwar überall der bisher geltende Betrag. Praktisch besagt dieser Satz, daß in sämtlichen Bezirken im Bereiche des Mantelvertrages der seitherige Etlohn weiter gilt. Im übrigen enthalten alle 16 Schiedsprüche gleichlautend die folgenden Bestimmungen:

2. Die bestehenden Stundenlöhne und die auf Grund des § 35, Absatz 1 M.V. abgeschlossenen betrieblichen Akkordtarife, die am 1. August 1930 in Geltung waren, werden wieder in Kraft gesetzt.

Jedoch können Akkorde, bei denen der erzielte Verdienst bei durchschnittlicher Leistung und regelmäßiger Arbeitszeit den Prozentsatz des § 35, Absatz 1 M.V. um mehr als 10 Prozent übersteigt, von der Betriebsleitung in Gemeinschaft mit der Akkordkommission einer Revision unterzogen werden, auch ohne daß im Einzelfall die Voraussetzungen des § 36 M.V. vorliegen.

3. Dieses Lohnabkommen tritt am 1. September 1930 in Kraft und gilt bis zum 15. Februar 1931. Wird es nicht von einer der beiden Parteien sechs Wochen vorher, also erstmalig am 5. Januar 1931, bis abends 6 Uhr, schriftlich gekündigt, so behält es jeweils sechs Wochen seine Gültigkeit.

Die Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung bis 5. September einschließlich gegenüber dem unparteiischen Vorsitzenden — Steffin, Oberpräsidentium — zu erklären.

Durch den Schiedspruch ist das Verlangen der Unternehmer nach Abbau der Etlöhne zurückgewiesen. Zurückgewiesen ist auch das Verlangen eines noch viel weiter gehenden Lohnabzuges in der Musikinstrumenten- und in der Stuhlindustrie. Die Unternehmervertreter aus diesen Industriezweigen haben sich große Mühe gegeben, die Berechtigung ihrer Forderung zu beweisen, sie konnten aber keinen Erfolg erzielen. Schon aus formalen Gründen. Die Konstruktion des Mantelvertrages läßt es nicht zu, daß die Etlöhne für einzelne Berufszweige in verschiedener Höhe festgesetzt werden. Aber auch abgesehen von dieser Rechtsfrage fehlt, wie der Forderung auf Lohnabbau überhaupt, so insbesondere auch der für die genannten beiden Berufszweige jede materielle Berechtigung.

Interessant ist dabei, daß der Versuch, den Lohnabbau in der Stuhlindustrie in Rabenau zu erzwingen, wenige Tage vor den Verhandlungen des Lohnamtes so kläglich zusammengebrochen ist. In den übrigen sächsischen Stuhlgebieten haben die Unternehmer vorläufige Zurückhaltung geübt; sie überließen es ihren Rabenauer Kollegen, sich die Finger zu verbrennen, und die haben sehr schnell ein Haar in der Suppe gefunden. Gewiß ist es in der gegenwärtigen Zeit schlechten Geschäftsganges für die Arbeiterschaft nicht leicht, Kämpfe zu führen. Aber die Unternehmer, die sich dadurch verleiten lassen, die Arbeiterschaft zu provozieren, spielen ein gewagtes Spiel um ihre Existenz. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband ist auch in der Krisenzeit ein Machtfaktor, mit dem man ernstlich rechnen muß. Das haben die kampfes-

mutigen Unternehmer nicht nur in Rabenau, sondern auch in einer Reihe anderer Orte zu ihrem Schaden erfahren.

Der Schiedspruch besagt, daß nicht nur die seitherigen Tariflöhne, sondern auch die bestehenden Stundenlöhne und die betrieblich vereinbarten Akkordtarife in Geltung bleiben. Diese Akkordsätze sind vertraglich so zu bemessen, daß bei durchschnittlicher Arbeitsleistung 15 Prozent über dem Tariflohn zu verdienen sind. Die Worte des Schiedspruches besagen, daß in den Fällen, wo mehr als 25 Prozent über dem Tariflohn verdient werden, auch jetzt feststehende Akkorde einer Nachprüfung unterzogen werden können. Das heißt nicht etwa, daß hier ohne weiteres abgezogen werden kann, sondern daß die Betriebsleitung mit der Akkordkommission prüft, ob und in welchen Fällen eine Ermäßigung des Akkordsatzes zulässig ist. Nur wo Übereinstimmung erzielt wird, ist eine Neuverfestigung zulässig.

Die Schiedsprüche liegen nun vor, sie treten aber erst in Kraft, wenn sie von beiden Parteien angenommen sind; bis zum 5. September müssen sich die Organisationen entscheiden. Für den Arbeitgeberverband wird die Entscheidung aus formalen Gründen schwer sein. Wir wollen aber nicht unterlassen, auszusprechen, daß wir der Annahme oder Ablehnung der Schiedsprüche materiell keine überragende Bedeutung beimessen. Die vorwichtigen Unternehmer, die es versuchten, den vertragslosen Zustand zum Lohnabbau auszunutzen, haben damit schlechte Erfahrungen gemacht. Dieses Probegeplänkel hat auch das Vertrauen der Kollegen zu unserem Verband kräftig gestärkt. Und unser Verband wird weiter auf dem Posten bleiben. Auch wenn in den nächsten Monaten ohne Lohnabkommen gearbeitet werden müßte, würde unser Verband einen solchen Zustand zur Not ertragen können. Allerdings werden wir aus solchen Erfahrungen lernen. Was wir in diesem Sommer erlebt haben, kann nicht ohne Einfluß bleiben auf unsere künftige Vertragspolitik.

Herunter mit den Kartellpreisen!

„Die Anpassung der gebundenen Preise an die veränderte Wirtschaftslage und die gesunkene Kaufkraft breiter Massen ... setzt sich nach allgemeiner Ansicht zeitlich zu langsam und ihrem Ausmaß nach unzulänglich durch. ... Die mangelhafte Anpassung der gebundenen Preise ... erschwert und verzögert die Überwindung der wirtschaftlichen Not, führt zum Bruchliegen menschlicher Arbeitskräfte und technischer Anlagen weit über das unmittelbar durch eine Krise an sich bedingte Maß hinaus und hat Spannungen hervorgerufen, die einer ausgeglichener Zusammenarbeit aller wirtschaftlich Tätigen im Wege stehen.“

Mit diesen scharfen und energischen Worten begründete die Regierung Brünning jenen Teil der Notverordnung, der ihr weitgehende Vollmachten zur Beseitigung ungerichteter Preisbindungen durch Kartelle und ähnliche monopolistische Organisationen einräumte. Und in der Tat, so bedenklich, undemokratisch und dem Sinne der Verfassung widersprechend der Weg der Notverordnung war, den die Regierung Brünning in ihrer Not beschritten hat, diese Sätze, mit denen sie ihre Kartellverordnung begründete, können wir wortwörtlich unterschreiben. Mit ihnen wird wirklich herzhast das Kind beim rechten Namen genannt und eine der wichtigsten Ursachen der heutigen Wirtschaftskrise, ihre Schwere und Hartnäckigkeit aufgezeigt. Von Unternehmern wird immer wieder die Höhe der Löhne, der Festkosten und sozialen Aufwendungen für die Krise verantwortlich gemacht. Die Unternehmer befolgen mit diesem Ablenkungsmanöver nur die berühmte Methode des erappten Diebes: haltet den Dieb. Denn sie selbst sind an den Ausmaßen und der Dauer der Wirtschaftskrise schuld, soweit sie durch monopolistische Preisbindungen die Sentung der Untoten hintertreiben und damit den normalen Ausweg zur Überwindung der Krise verammeln.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern erfährt nahezu die ganze Weltwirtschaft. Ein wichtiges Anzeichen dieser Krise war der Sturz der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, der sich allmählich auch auf die meisten anderen Weltmarktpreise übertrug. Das Preisniveau aller Länder wurde davon er-

loft, aber in verschiedenen Ausmaßen. So sank in den wichtigsten Weltmarktländern im Zeitraum von Juni 1929 bis Juni 1930 das Niveau der Großhandelspreise folgendermaßen: in England um 11 Prozent, in den Vereinigten Staaten um 10,8 Prozent, in Frankreich sogar um 14 Prozent, in Deutschland hingegen nur um 7,8 Prozent. Inzwischen ist der Großhandelsindex in Deutschland dank Schiele sogar wieder gestiegen: von 124,5 im Juni auf 125,4 im Juli.

Der internationale Preisdruck wirkte sich also auf Deutschland nur sehr abgeschwächt aus. Daran trägt zu einem Teil gewiß die agrarische Hochschutzzollpolitik der Regierung Brüning Schuld, zu einem anderen Teile aber das Bestreben und die Macht der Kartelle, die Preise trotz gestiegener Rohstoffkosten hochzuhalten. Noch klarer und unwiderleglicher läßt sich die Wirkung dieser unheilvollen Kartellpolitik an einer Statistik nachweisen, die das Statistische Reichsam über das Verhältnis zwischen freien und „geregelten“ Preisen industrieller Rohstoffe und Halbwaren führt. Danach sind die Preise der industriellen Rohstoffe und Halbwaren im Zeitraum von Juli 1929 bis Juni 1930 um 14,8 Prozent gesunken, die geregelten, d. h. durch monopolistische Organisationen gebundenen Preise jedoch nicht einmal um 1 Prozent. Diese beiden Ziffern sprechen Bände und machen jeden Kommentar überflüssig.

Die Regierung Brüning hat also durchaus recht, wenn sie den Kartellen vorwirft, daß sie ihre Preise zu langsam und unzulänglich senken, und sie hat durchaus recht, wenn sie den Kartellen die Schuld an der Verzögerung der Überwindung der Krise gibt. Aber wie weit werden ihre Taten ihrer Einsicht entsprechen? Mit der Regierung Brüning sympathisieren doch gerade jene Kreise, die auf die Kartellpolitik praktisch den größten Einfluß haben. Daran hat der Wahlsieg des Reichsverbandes der deutschen Industrie keinen Zweifel gelassen. Er fordert kaum verhehlt zur Wahl der Parteien, und nur der Parteien auf, die in der Regierung Brüning vertreten sind. Man müßte also meinen, daß eine Regierung, die sich auf die stärksten Interessengruppen der Industrie stützt, keine Mühe haben kann, der Industrie gegenüber jene Maßnahmen durchzusetzen, die ihr wirtschaftspolitisch notwendig erscheinen. Die Macht ist also da, ob aber auch der Wille? Eine Geißel hat die Regierung Brüning bisher schon getan, energischer sogar als jeder bisherige Versuch, der kapitalistischen Monopole Herr zu werden. Sie hat sich in ihrer Kartellverordnung vom 26. Juli unter Beilegung des Kartellgerichts, das sich in der Tat bisher als unwirksam erwiesen hat, die Ermächtigung erteilt, jeglichen Mißbrauch monopolistischer Machtstellung durch einen einfachen Verwaltungsakt aus der Welt zu schaffen oder auch durch Zolleinkünfte zu bekämpfen. Aber freilich, es ist eine bloße Ermächtigung, nicht mehr, also vorläufig, wie schon gesagt, eine schöne Geste. Lebensvollen Inhalt könnte sie erst gewinnen, wenn die Regierung auch zugleich das Organ geschaffen hätte, dem die Kartellkontrolle anzuvertrauen wäre: ein demokratisch zusammengesetztes Kartellamt, das von sich aus laufende Untersuchungen über die wichtigsten Kartelle und sonstigen monopolistischen Gebilde vornehmen und eine dauernde und wirksame Kontrolle über sie ausüben könnte. Eine reine Verwaltungsbehörde ist dazu nur unzulänglich imstande.

Aber immerhin: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Eine Regierung, die den ernstlichen Willen hat, dem Mißbrauch der kapitalistischen Monopolemacht entgegenzutreten, bietet auch die neue Kartellverordnung genug Handhaben. Wie weit hat die Regierung sie bis jetzt ausgenutzt? Nun, sie hat dem Reichswirtschaftsrat, den sie als Ausschussorgan in die Kartellverordnung einbeschaltet hat — ein grundsätzlich richtiger Gedanke, da sie schon nicht den Mut hatte, ein eigenes Kartellamt zu schaffen — eine Reihe von Fragen vorgelegt. Die Fragen waren sehr akademisch gehalten und hielten Stoff für eine interessante Doktorarbeit gegeben. Der Reichswirtschaftsrat war aber so vernünftig, nicht in zeitraubende tiefgründige wissenschaftliche Untersuchungen einzutreten, sondern den Stier bei den Hörnern zu packen und der Regierung sofort einen konkreten und wirkungsvollen Vorschlag zu machen. Er besteht in der Regierung. Für sämtliche Markenartikel der Lebens- und Genussmittelbranche die Bindungen der nächsten Stufe, d. h. die Bindungen der Händler an die von den Produzenten vorgegebenen Preise aufzuheben. Das würde bedeuten, daß die Händler der bekannten Markenartikel für Margarine, Suppenwürfel, Feigwaren, Schokolade, Zigaretten usw. die Preise nach ihrem Ermessen festlegen könnten.

Die Bedeutung, die eine solche Maßnahme haben würde, geht aus zwei Tatsachen hervor. Erstens steht fest, daß der Händlermischschlag bei Markenartikeln höher ist als bei den freien Waren, obwohl umgekehrt die Fertigungskosten bei Markenartikeln niedriger sind als bei anderen Waren; hierin liegt die große Gefahr. Zweitens erreicht der Umsatz der Markenartikel der Lebens- und Genussmittelbranche eine Milliardenhöhe und insbesondere einen hohen Prozentsatz des Konsums in der freien Welt. Es wäre also schon ein erzieherischer Anfang einer vollständigen Preisentkettung, wenn der Kartellvertrag des Reichswirtschaftsrats durchgebrochen würde.

Nun geht es sich aber bei der Entscheidung des Reichswirtschaftsrats und mit dem Echo, das sie in der Presse gefunden hat, freilich, wie ernst man es von bürgerlicher Seite mit der Aufhebung der Kartellverordnung meint. Bei der Abstimmung im Reichswirtschaftsrat ergab sich nämlich, daß die Kartellverordnung in der Entscheidung

des Reichswirtschaftsrats, die an sich unverbindlich sind und die Regierung noch nicht zu konkreten Maßnahmen verpflichten, einstimmig angenommen wurden, während sich bei dem einzigen konkreten Vorschlag, nämlich der Empfehlung, die Bindungen der Lebensmittelmarkenartikel aufzuheben, sofort Klassenfronten bildeten: die Unterehemer stimmten den geschlossenen gegen den Vorschlag, die Arbeitervertreter geschlossen für ihn, und die mittlere Gruppe spaltete sich je nach ihrer Sympathie für das eine oder andere Lager. Theorie und Praxis! Und ähnlich verhielt sich die bürgerliche Presse.

Und was tut die Regierung selbst? Ein kostbarer Monat ist seit dem Erlass der Kartellverordnung bereits verstrichen. Aber trotz der Auffassung der Regierung, daß die Mißstände auf dem Gebiete der Kartellpolitik „die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährden“, hat sie sich bisher noch nicht gerührt, ist dem Beschluß des Reichswirtschaftsrats noch nicht nachgekommen. Offenbar schwankt sie noch zwischen dem Klasseninteresse der sie stützenden Gruppen und der wahlmagogischen Überlegung, daß vor dem 14. September etwas geschehen muß, das ihre Sünden auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung, der Krankenversicherung, der Lohnpolitik, der Finanzpolitik, der Agrarpolitik und der Handelspolitik möglichst vergessen machen soll. Nun, die arbeitende Bevölkerung ist nicht so vergeßlich. Aber unabhängig von allen wahlpolitischen Überlegungen verlangt sie im dringlichsten Interesse der Erholung der Wirtschaft von ihrer schweren Krise, daß nun endlich gegen die auch von der Regierung Brüning gerügten Mißstände auf dem Gebiete der Kartellpolitik etwas Ernstliches geschieht. Die Maßnahmen, die der Reichswirtschaftsrat vorschlägt, können, wie schon gesagt, nur als ein erster Anfang angesehen werden. Das kommt auch in der Entscheidung des Reichswirtschaftsrats selbst darin zum Ausdruck, daß sie die Regierung auffordert, weitere Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsrat durchzuführen. Und in der Tat, an Vertätigungsmöglichkeiten für die Regierung fehlt es nicht. Wer aufmerksam die wirtschaftlichen Vorgänge beobachtet, stößt auf Schritt und Tritt auf Preisüberhöhrungen durch monopolistische Organisationen. Es gibt also noch genug zu tun, wenn die Regierung ihr Versprechen, von der Seite der Preisbildung her der Wirtschaftskrise zu Leibe zu gehen, einlösen will. Die arbeitende Bevölkerung will Taten sehen, nicht bloß Worte und schöne Versprechungen. Denn der Druck der Wirtschaftskrise wird immer unentraglicher. Alfred Braunthal.

Zurchtbare Zustände in Sowjetrußland

Die Kommunisten sind gerade in diesen Tagen voll des Lobes über Rußland. Jeden Tag berichten ihre Zeitungen und in allen Versammlungen wird es erzählt, daß Sowjetrußland in jeder Beziehung ein Wunderland sei, dort gebe es keine Arbeitslosen, keine Not und kein Elend. Was die Arbeitslosigkeit anbetrifft, so waren Ende März dieses Jahres 1,153 Millionen Arbeitslose gemeldet; wie groß die Zahl der nicht gemeldeten ist, weiß man nicht. Am 1. Juni 1930 gab es nach den Mitteilungen der Sowjetpresse noch rund 900.000 gemeldete Arbeitslose. Inzwischen wird ihre Zahl etwas kleiner geworden sein, aber die Behauptung der Kommunisten, daß es in Rußland überhaupt keine Arbeitslosen gebe, ist Schwindel. Verhältnismäßig ist die Arbeitslosigkeit kaum kleiner als anderwärts, denn in Rußland rechnet man mit rund 11 Millionen Lohnempfängern, davon sind 6 Millionen Industriearbeiter.

Und wie sieht es mit den Lohn- und Lebensverhältnissen in Rußland aus? Die Bergleute Bruno Brobel und Gustav Kottler aus Reddinghausen haben sich kürzlich nach Rußland anwerben lassen. Wie es ihnen im „Arbeiterparadies“ ergangen ist, schildern sie in Nr. 388 des „Vorwärts“. Wir entnehmen ihrem Bericht folgende Stellen:

„Am 16. Juli d. J. wurden wir im Ruhrgebiet von der russischen Organisation Sjujuzgol als Bergarbeiter für das Bergwerk in Kutschenkowo im Donezgebiet, Schacht Lidewka 2, angeworben. Es wurde eine Entlohnung von 160 Rubel monatlich bei sechsstündiger Arbeitszeit und vollständiger Arbeitsruhe an jedem fünften Tage zugesichert. Die Verheirateten sollten eine Wohnung von 3 Zimmern erhalten, die Küche von zwei Familien gemeinsam benutzt werden. Ein gutes Mittagessen sollte nicht mehr als 35 Kopeken, 1 Pfund (400 Gramm) Fleisch nur 15 Kopeken, 400 Gramm Butter 75 Kopeken kosten.“

Golzenebnitruwinun!

Golzenebnitru!

Am 14. Taglambare ist Wofflung. Wofflung können alle Wömmen und Swömmen, die von Kufam Taya 20 Jofen all sind und in den Wofflungstiften haben. Die Wofflungstiften liegen in allen Gemeinden von 24. bis 31. August aus. — Jede Wofflung hat die Pflicht, die Wofflungstiften einzufassen und, wenn sie nicht koninlast, keine Entlohnung zu verlangen. Tiflung muß das Wofflung!

Nach unserer Ankunft, am 21. Juli, passierten wir die Grenze, mußten wir in verwanzten, veräulsten, schmutzigen Räumen hausen, die von Tausenden von Fliegen überflogen waren und in denen eine Temperatur von 30 bis 40 Grad Celsius herrschte. Waschgelegenheit war nicht vorhanden, das Wasser zum Trinken nicht genießbar, das Essen ebenso. Schon nach drei Tagen erhielten wir dieselbe schlechte Kost wie der russische Arbeiter. Pro Tag und Mann gab es 500 Gramm Brot, für die Frau 300 Gramm Brot, Rohe Gurken mit der Schale und Salz, Tomaten, Weißkohl, Seringe, Zwiebeln, Sonnenblumenkernöl bildeten die übrige Nahrung. Es herrschte große Unzufriedenheit unter den enttäuschten, aus Deutschland eingewanderten Arbeitern, die wieder in ihre Heimat zurückkehren wollten. Der vom Wirtschaftsministerium ins Lager entsandte Beamte Schneider machte uns beruhigende Versprechungen, wir sollten ein Klubhaus, ein Kinderheim usw. erhalten. Aber statt in den versprochenen Wohnungen mußten wir weiter in dem dreidigen Lager hausen. Der Verdienst betrug für einen ungelerten Arbeiter 60 Rubel monatlich, für einen geschickteren Arbeiter 80 Rubel, für einen der Kommunistischen Partei angehörenden Arbeiter, der sich eifrig am „Aufbau“ betätigt, 100 Rubel. Arbeitende Frauen erhalten in den Zechen und Bergwerken 30 Rubel monatlich.

Wir wollten uns diese Zustände, diese Lebensweise nicht gefallen lassen und nahmen uns Fahrtkarten und erreichten beim deutschen Konsul in Charkow, daß wir Fahrtkarten für die Rückreise erhielten. In Charkow hielten wir uns 8 Tage auf. Hier mußten wir im Wartesaal des Bahnhofs schlafen, wurden um 1 Uhr nachts nebst allen Insassen desselben hinausbefördert und schliefen dann auf der Straße. In den Straßen in der Nähe des Bahnhofs liegen 200 bis 300 Personen herum, sofern sie nicht im Wartesaal schlafen. Elternlose Kinder, nur mit Badehosen bekleidet, betteln um Brot, Frauen in zerlissener Kleidung, ohne Wäsche, ohne Strümpfe und Schuhe, irren in den Straßen umher. Die Stadt ist schmutzig, die drei in die Luft gesprengten Kirchen sind ausgeplündert. Hunderte von bettelnden Invaliden trifft man in den Straßen. Es gibt Lebensmittelkarten, aber kaum Lebensmittel dafür. Nach stundenlangem Anstehen gibt es allerdings für eine Person im Monat 1 Pfund (400 Gramm) Zucker, 1 Päckchen Tee, 1 Liter Sonnenblumenkernöl. Am Abend beginnt man schon mit dem Warten auf die Ausgabe der Lebensmittel und schläft dabei gleich draußen. Auf dem Markt erhält man ohne Lebensmittelkarte für 4,50 Rubel 400 Gramm Fleisch, für 5 bis 6 Rubel 400 Gramm überreichenden, in unglaublich verschmutzten Lappen gewickelten Speck, den in Deutschland kein Mensch anrühren würde. Für 7 bis 8 Rubel gibt es 400 Gramm Butter, für 1,40 Rubel 1 Liter Milch, für 1,50 Rubel 1200 Gramm Brot. Ein Salzhering kostet 80 Kopeken, 1 Ei 25 Kopeken. Kleiderstoffe sind nicht aufzutreiben. Der russische Arbeiter erhält halbjährlich für zwei Personen 1 Paar Gummischuhe auf Karten zugeteilt. Im freien Handel gibt es feiner baumwollene Damenstrümpfe für 5 Rubel (Wert 50 Pf.), Seidenstrümpfe für 20 Rubel, Damenschuhe für 140 Rubel, Herrenschuhe für 200 Rubel zu kaufen. Der russische Arbeiter erhält für die ganze Familie pro Monat 400 Gramm Kernseife.

Der Bergarbeiter Kottler hatte seine Frau mitgenommen, die an der Ruhr erkrankte und ins Krankenhaus mußte. Was sie hier erlebte, erzählt sie im folgenden:

„Im Sowjethospital Nicaifski sterben täglich so viel Menschen, daß gleich fünf Leichen zusammen in einen mit Blech ausgeschlagenen Kasten gelegt werden, der zu einem Graben transportiert und dorthinein einfach entleert wird. Er findet dann wieder zu demselben Zwecke weitere Verwendung. Der Arzt, der mich fünf Tage lang behandelte, war ebenso unsauber in der Kleidung wie die anderen dort anwesenden Ärzte; als er mir eine Medizin aufschreiben wollte, bat er mich um Papier und Bleistift zum Aufschreiben des Rezepts. Zur Abholung der Medizin sollte mein Mann sich selbst eine Flasche beschaffen, ein rohes Ei besorgen und dieses mit der Medizin vermischen lassen. Die Medizin war aber nicht zu erhalten, ich mußte mich mit dem Rezept begnügen, wie die meisten anderen Kranken, die die verordneten Medikamente auch nicht erhalten können. Im Hospital gibt es einmal am Tage eine Suppe aus Milch, Reis und dergleichen, manchmal am Vormittag ein rohes Ei. Diese Mahlzeit wird nicht regelmäßig verabreicht. Oft bekommt eine Abteilung auch kein Essen mit der Begründung, daß sie ja erst gestern etwas erhalten habe und heute nur die andere Abteilung essen dürfe. Die Unfähigkeit eines Arztes ging so weit, daß er auf die Klagen einer Patientin über große Schmerzen im Leibe ihr den Rücken abklopfte, das Hörrohr ansetzte und meinte, daß es ihr bald besser gehen würde. Als die Kranke vor Schmerzen bald darauf aus dem Bett lief, verlor sie ein neugeborenes Kind, das von einer Wärterin auf ein Stück Papier gelegt und herumgeworfen wurde. Die Kranken entschickten sich zum Teil darüber. Es liegen überhaupt Infektionskrankheiten (Typhus, Ruhr, Cholera, Tuberkulose), gebärende Frauen, Wöchnerinnen, andere Kranke in einem Raum. Die Kranken müssen den Entbindungen sowohl wie dem Sterben der nicht mehr zu rettenden Kranken beiwohnen, es gibt nicht einmal besondere Zimmer für die dem Tode nahen Kranken.“

Dieser Bericht ehrlicher Arbeiter klingt anders als die Märchen kommunistischer Agitatoren. Die deutschen Arbeiter bedanken sich bestens für ein solches „Arbeiterparadies“!

Ist die Religion in Gefahr?

Von Heinrich Mertens.

Wir wissen, was am 14. September auf dem Spiele steht. Das Besitzbürgertum rüstet zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft. Die Front ist klar: Auf der einen Seite die großkapitalistische Gruppe, die mit geschickten Parolen den bürgerlichen Mittelstand, gewisse Kreise der Angestellten- und Beamtenschaft und das Bauerntum um sich zu scharen sucht. Auf der anderen Seite die Sozialdemokratie, bereit zum Kampfe für die Interessen des ganzen arbeitenden Volkes. Für das politisch geschulte Arbeitervolk ist die Entscheidung am 14. September nicht zweifelhaft: Es gibt keine Partei, die mit der gleichen Zielklarheit und Energie und mit demselben Verantwortungsbewußtsein die Lebensrechte des arbeitenden Volkes vertritt wie die Sozialdemokratie.

Wenn die Parteien des kapitalistischen Bürgertums trotzdem in den Parlamenten eine so große Rolle spielen, so deshalb, weil es ihnen immer wieder gelingt, hunderttausende Wählerstimmen aus dem arbeitenden Volke für sich zu gewinnen. Nicht nur aus den Schichten des Kleinbürgertums, nein, auch bis in die Reihen der Industriearbeiterschaft reicht der Einfluß der kapitalistischen Bürgerblockparteien. Weite Kreise der organisierten Arbeiterschaft, die Anhänger der christlichen Gewerkschaften, die Mitglieder der evangelischen und katholischen Arbeitervereine, werden von den bürgerlichen Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen mit Erfolg umworben. Insbesondere gelingt es dem Zentrum immer wieder, über die kirchlichen Volksorganisationen und die Wahlhilfe des Klerus große Scharen katholischer Arbeiter in seinen Bann zu ziehen.

Woran liegt das? Wie ist es möglich, daß so viele unserer christlich gesinnten Kollegen ihre politische Pflicht noch nicht begriffen haben und auf Parteien hereinfallen, die zwar gelegentlich eine soziale Maske zeigen, im Grunde aber Stützen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind und bei der ersten besten Gelegenheit sich mit ihren besitzbürgerlichen Partnern im Parlament zu einer reaktionären, arbeiterfeindlichen Klassenpolitik verbünden? Wie ist das möglich bei so vielen gewiß nicht minderwertigen oder übelwollenden christlichen Kollegen, die doch mit uns dasselbe Schicksal tragen, die genau wie wir ihre Arbeitskraft verschachern müssen, die genau wie wir auf dürftige Löhne angewiesen sind, die genau wie wir auf die Straße fliegen, die genau wie wir die Not und das Elend dauernder Erwerbslosigkeit, die Misere der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützten erleiden?

Die Antwort ist nicht schwer. Wer von unseren christlichen Kollegen hat je mit gutem Gewissen die bürgerliche Finanzpolitik, die „Reform“ und den Abbau der Sozialversicherung, die nach kapitalistischen Interessen vorgenommene Verteilung der Steuerlasten verteidigt? Es mag hier und da aus der christlichen Arbeiterschaft hervorgegangene bürgerliche Parteifunktionäre geben, die auch das fertigbringen. Im allgemeinen aber werden unsere christlichen Kollegen die Bedrängnis ihres sozialen und politischen Gewissens nicht los. Der Widerspruch zwischen der natürlich empfundenen Solidarität mit ihren Klassengenossen und der Stimmabgabe für den Klassenfeind kann ihnen keine Ruhe lassen, bringt sie notwendig in inneren Konflikt. Aber — und das ist entscheidend — alle sozialen und politischen Gewissensnöte werden übertönt durch eine viel größere und viel tiefer wurzelnde religiöse Gewissensangst, die ihnen durch Kanzel und Beichtstuhl, durch Kundgebungen der Päpste und Bischöfe, durch die Wahlagitatorien des Klerus eingepflanzt wird.

Die Religion ist in Gefahr! — das ist jenes Schlagwort, mit dem die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, Hunderttausende von christlichen, religiös empfindenden Arbeitern immer wieder zur Stimmabgabe gegen die Arbeiterpartei an die Wahlurne zwingen. Auch in dieser Wahlschlacht treiben sie das böse Spiel, die tiefsten religiösen Gefühle des Volkes für parteipolitische Interessen, für privatkapitalistische Wirtschaftsziele, für das Wohl des Bürgertums gegen das Lebensrecht des Proletariats auszubeuten. Es ist fürwahr ein frivoles Spiel!

Ist denn die Religion wirklich in Gefahr? Ist das Christentum, ist die „christliche Kultur“ in Gefahr? Es kommt darauf an, was man darunter versteht.

Das wahre Christentum hat gewiß etwas mit Christus zu tun, der die Menschen gelehrt hat, einander zu lieben, Armen und Notleidenden zu helfen, Gerechtigkeit zu üben; der das harte „Wehe!“ über die Reichen sprach, der zu den Höllnern und Dürnen „Sündern“ und „Angläubigen“ gegangen ist, um ihnen Bruder zu sein. Wahrhaft christlich wäre eine Kultur, in der Christi Hauptgebot: „Du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst“, erfüllt würde.

Ist diese christliche Kultur in Gefahr? Allerdings. Aber durch wen ist sie in Gefahr? Durch die Freidenker, die vom Christentum verzweifelt sind, weil sie nie unter Christen die Liebe gespürt, nie etwas von dem Glück und Segen einer „christlichen Kultur“ gemerkt haben? Oder durch die sozialistischen Erziehungsverbände, die Arbeiterjugend und Kinderfründe? Eine sonderbare „christliche Kultur“, die in Gefahr gerät, wenn Frauen und Männer des Proletariats aus Liebe zu ihren Kindern ihre Zeit und Kraft und ihr ärmliches Einkommen hergeben, damit aus der Jugend des Proletariats ein gesundes, starkes und reines Volk heranwacht. Oder ist das Christentum, ist die „christliche Kultur“ etwa durch die sozialistischen Gewerkschaften, die Konsumvereine, oder gar durch die Sozialdemokratische Partei in Gefahr? Wir sagen wiederum: Eine wert-

würdige „christliche Kultur“, die gefährdet wird durch den gewerkschaftlichen Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, durch das Gemeinschaftswerk der Konsumgenossenschaften, durch die Politik der Sozialdemokratie für gerechte Steuererteilung, soziale Fürsorge, Wohnbau, Volksbildung und für das letzte Ziel der sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft.

Aber die Sozialdemokraten sind doch fast alle „religionslos“? Ach ja, sie reden nicht von Religion, sie machen keine billigen Worte von Gott und Christus, von Liebe und Gerechtigkeit. Viele Sozialdemokraten sagen sogar: Wir verzichten auf eine Religion, die ihre Ohnmacht tausendfach bewiesen hat, im Weltkrieg der „christlichen“ Völker nicht weniger als in der auf „christlichem Privateigentumsrecht“ begründeten kapitalistischen Ausbeutewirtschaft. An der Bosheit der „Christen“, an ihrer Ungerechtigkeit, ihrem Egoismus, ihrer Scheinheiligkeit, ihrer Pharisäerhaftigkeit sind sie „ungläubig“ geworden, und fürwahr: Sie sind dem Christen-



tum, dem Reich der Liebe und des Friedens näher als die vielen, die sich heute christlich nennen und die Religion der Liebe dazu mißbrauchen, ihre privaten Wirtschaftsinteressen zu schützen.

Zudem gibt es viele Sozialdemokraten, die trotz dieser üblen Erfahrungen mit der bürgerlichen Christenheit, trotz des gemeinen politischen Mißbrauchs der christlichen Religion durch die bürgerlichen Parteien ihren Glauben bewahrt haben, zwischen Christentum als Religion und der Christenheit als dem heute sich vielfach zu Unrecht „christlich“ nennenden kapitalistischen Bürger unterscheiden. Wären die christlichen Kirchen nicht von Anfang an gegen den Sozialismus ins Feld gezogen, so wäre die Zahl der christlichen, evangelischen und katholischen Sozialdemokraten gewiß noch viel größer.

Das ist nicht der Fall. Noch herrscht in den christlichen Kirchen der alte, reaktionäre Geist, der mit dem Kapitalismus liebäugelt, seine „Rechte“ religiös verklärt und seine sozialen Folgen des Massenelends durch etwas Karitas und Fürsorge abmildern möchte. Dieser Geist aber ist die wirkliche Gefahr für das Christentum! In diesem Geist der christlichen Kapitalisten, die das Volk ausplündern, die Hand in Hand mit ihren „heidnischen“ Kollegen den Kampf gegen die Arbeiterklasse, gegen die Erwerbslosen, die Invaliden und Kriegsoffer, den brutalen Machtkampf gegen alle Notleidenden und Bedrückten führen, an diesem antichristlichen Geist der sich „christlich“ nennenden Kapitalisten geht das Christentum zugrunde. In seinem Egoismus, seiner Habgucht, seiner Profit- und Machtgier stirbt die christliche Kultur! Das ist die Wahrheit! Und jedes Wort von der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie, jedes Wort vom „antichristlichen“ Sozialismus ist im Munde der bürgerlichen Interessenspolitiker Lüge und verleumderische Wahldemagogie.

Das müssen unsere christlichen Kollegen erkennen. Sie müssen begreifen, daß die Sozialdemokratie als politische Partei weder christlich noch antichristlich sein kann. Die Sozialdemokratie hat Wichtigeres zu tun, als sich um die Inzenerierung von „Christenverfolgungen“ und die Verbreitung von „Kulturvolkschweis“ zu kümmern. Sie kämpft für die sozialen und wirtschaftlichen Interessen des Arbeitsvolkes. Und ihre kulturellen Ziele sind auch nicht gegen das Christentum, nicht gegen die Religion, sondern gegen veraltete Lebens- und Gesellschaftsformen, gegen veraltete Anschauungen, gegen Moralbegriffe, die das heutige Leben nicht mehr meistern können, gerichtet. Wie wenig die kulturpolitischen Streitfragen in der großen Parlamentspolitik zwischen Sozialdemokratie und den „christlichen“ bürgerlichen Parteien zu bedeuten haben, ist aus einem ganz einfachen Beispiel zu erkennen: Die Bürgerblockregierung vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen aus den Jahren 1927/28 ist an einer kulturpolitischen Frage, nämlich am Reichsschulgesetz, gescheitert. Aber jede

große Koalition im Reich, an der die Sozialdemokratie beteiligt war, ist auseinandergebrochen an sozialen und wirtschaftspolitischen Streitfragen, weil dem Besitzbürgertum das Regieren mit der Sozialdemokratie zu kostspielig war.

Alles Gerede von der „gefährdeten Religion“ ist in diesem Wahlkampf, wie immer, plumpes Bauerfang, Mißbrauch der christlichen Volksgesinnung, Spekulation auf die religiösen Gefühle der Arbeiterschaft zur Vertreibung der Wahlstimmen für den Besitzbürgerblock!

Was ist es mit dem Gefrierfleisch?

Eine der ersten Taten der Regierung Brüning, insbesondere ihres Landwirtschaftsministers Schiele, war das geschickte Verbot der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch. Die Aussichten für die Annahme des Gesetzes standen nicht günstig. Aber Minister Schiele rettete die Situation durch das im Reichstag feierlich abgegebene Versprechen, der minderbemittelten Bevölkerung als Ersatz für das billige zollfreie Gefrierfleisch verbilligtes Inlandfleisch zur Verfügung zu stellen. Von der Einlösung dieses Versprechens ist es ganz still geworden. Im Kabinett hat man sich wohl über die Einlösung des Versprechens unterhalten, aber die Sache als nicht dringend vertagt. Auf Grund der Übergangsbestimmungen wurde den Importeuren gestattet, die bereits in Übersee gekaufte Gefrierfleischmenge bis zur Höhe eines Vierteljahrkontingents von 12 500 Tonnen bis zum 1. Oktober zollfrei einzuführen. An diesem Tage hört die Einfuhr auf, und dann ist es an der Regierung, das gegebene Versprechen einzulösen.

Aber wie? Es war in Aussicht genommen, die 22½ Millionen Mark dazu zu verwenden, die dem Reich bisher dadurch entgingen, daß 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei eingeführt wurden. Aber das Reich erhält diesen Betrag gar nicht, denn durch die Wiederintraffektung der schifanösen Bestimmungen des Fleischschaugesetzes wird die ganze Gefrierfleisch-einfuhr unmöglich gemacht. Wo soll dann das Geld zur Verbilligung des Inlandfleisches hergenommen werden, und wie denkt man sich die Verbilligungsaktion? Weil diese Fragen so schwer zu beantworten sind, wird wahrscheinlich gar nichts geschehen. Was kommt es der Regierung Brüning auf ein uneingelöstes Versprechen an.

Mit dem Verbot der Gefrierfleisch-einfuhr sollte der Landwirtschaft geholfen werden. Aber die 50 000 Tonnen zollfreies Gefrierfleisch machen nur 2 Prozent der Fleischverforgung aus, auf die Gestaltung der Viehpreise hat diese Menge gar keinen Einfluß. Durch die Verhinderung der Gefrierfleisch-einfuhr wird lediglich erreicht, daß die Bevölkerungskreise, die das Gefrierfleisch seines niedrigen Preises wegen kauften, nun überhaupt vom Fleischgenuß ausgeschlossen werden. Verschlechterung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung, das ist das Ziel, das die Bürgerblockregierung verfolgt.

Aus dem Reiche des Spartommissars.

Die Reichsregierung hat vor einigen Jahren einen Spartommissar eingesetzt, dessen Aufgabe es sein soll, Vorschläge für eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung des Reiches zu machen. Von solchen Vorschlägen hat die Öffentlichkeit bisher noch nichts vernommen. Anscheinend hat der Spartommissar dazu noch keine Zeit gehabt. Zunächst hat er sich ein Bureau eingerichtet. Natürlich ein ganz kleines, mit wenig Menschen und Kosten — denken vielleicht unsere Leser. Denn als Spartommissar muß er anderen Behörden mit gutem Beispiel vorangehen. So sollte es wenigstens sein.

Wie die Dinge in Wirklichkeit sind, zeigt eine Meldung der „Sächsischen Handwerks- und Gewerbe-Zeitung“. Danach besteht das Bureau des Spartommissars aus folgenden Personen: Zunächst der Spartommissar Dr. Sämisch als Leiter. Dann folgende Hilfskräfte: 1 Ministerialdirigent, 4 Ministerialräte, 3 Oberregierungsräte, 1 Regierungsrat. Ferner als beamtete Hilfskräfte: 2 Ministerialdirigenten, 10 Ministerialräte, 5 Oberregierungsräte, 2 Regierungsräte und je ein „Angestellter“ in der Stellung eines Ministerialrates und eines Oberregierungsrates. Summa: 31 höhere Beamte. Dazu kommen noch einige Duzend männliche und weibliche Bureauarbeiter. Die Unkosten des Bureaus betragen im Jahre 1929 die Kleinigkeit von 902 700 Mk. — Daher auch wohl der Name „Spartommissar“.

Die Tabatarbeiter für ein Zigarettenmonopol.

Mit der Tabakbesteuerung und ihrem Einfluß auf die Zigarettenindustrie beschäftigte sich eine am 14. Juni in Leipzig abgehaltene Reichskonferenz der im Tabatarbeiter-Verband organisierten Zigarettenarbeiter. In dem einleitenden Referat gab Benzler (Bremen) einen Rückblick auf die Entwicklung der Steuergegebung. Die weitverbreitete Ansicht, als ob die Industrie mit Leichtigkeit auf die Dauer in der Lage sei, weitere Steuerbelastungen ohne Preiserhöhungen zu tragen, bezeichnete er als irrig. Die Händler, die eine weitere Steuererhöhung und damit eine Steigerung der Preise befürchteten, haben das Bestreben, sich vorweg mit Ware zu versorgen. Es könne jedoch nicht im Interesse der Industrie liegen, diesem Bestreben der Händler entgegenzukommen, und die Zigarettenarbeiter müßten jede für sie schädliche Vorversorgung unterbinden, indem sie nach Möglichkeit die Überarbeit verweigern. Die Stellung der Arbeiter zur Kontingentierung der Produktion sei entschieden ablehnend. Sie fordern statt dieser die Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigarettenfabrikation.



Aus dem Verbandsleben



Aufgaben unserer Jugendführung.

Es ist die Aufgabe unserer Jugendführung, die jugendlichen Holzarbeiter für unseren Verband zu gewinnen. Wenn wir uns die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1925 ansehen, so wird uns klar, daß unser Aufgabengebiet in dieser Beziehung noch sehr groß ist. Wir haben zum Beispiel von den in der Statistik festgestellten 73 321 Tischlerlehrlingen im Handwerk nur 13 592 organisiert, von den 15 997 Stellmachern gar nur 503. So ähnlich liegt es bei fast allen Branchen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer sehr viel stärkeren Agitation unter den Jugendlichen und besonders unter den Lehrlingen als bisher.

Wichtiger aber, als jugendliche Mitglieder zu gewinnen, ist sie zu halten und zu tüchtigen überzeugten Gewerkschaftern zu machen. Innerhalb der im Verband eingerichteten Jugendabteilungen versuchen wir, die uns gestellte Aufgabe zu lösen. Dem Jugendleiter begegnen bei der Lösung der Aufgabe allerlei Schwierigkeiten. Diese liegen zuerst in dem jugendlichen Menschen von 14 bis 18 Jahren selbst begründet. Aus der Schule entlassen, tasten sie noch unsicher, um im Leben Sicherheit zu gewinnen. Sie fühlen, daß sie noch unfertig sind, und möchten es doch nicht wahr haben. Die Jugendführung muß daher den Jugendlichen in seiner Art verstehen und ihn immer ernst nehmen. Der Spieltrieb, durch den das Kind gekennzeichnet wird, ist auch noch beim Jugendlichen vorhanden. Eine gute Jugendführung wird diesem Spieltrieb Rechnung tragen. Da der Unterschied zwischen einem 14- bis 15jährigen und einem 17- bis 18jährigen jungen Menschen sehr groß ist, ist es nicht immer einfach, die Veranstaltungen so zu treffen, daß allen Genüge getan wird. Da wir uns aber nicht in der glücklichen Lage befinden, noch eine weitere Unterteilung in Gruppen für 14- bis 16jährige und solche für 16- bis 18jährige zu treffen, so müssen wir schon versuchen, allen Teilen gerecht zu werden.

In der Zeit zwischen 14 und 18 Jahren liegt auch die wichtigste Entwicklungsperiode des Menschen, die Pubertätszeit. Diese greift tief in die körperliche, geistige und seelische Verfassung der Jugendlichen ein. Sie gibt aber den Schlüssel zum Verständnis des jugendlichen Wesens. Was wir so häufig in der praktischen Arbeit erleben, dieses Ausgelegtsein zu allerlei Streichen, das Werben mit Papiertugeln während eines Vortrages, sind Auswirkungen dieser Übergangsperiode. Kommen nun bei dieser Entwicklung, wie dies meist der Fall ist, noch schlechte Ernährung und miserable Wohnverhältnisse hinzu, so gibt es für den Jugendlichen allerlei Komplikationen. Auch das starke Wachstum des Körpers während dieser Zeit ist die Ursache allerlei Gefahren. Die Verhältnisse des jungen Menschen während dieser Zeit geben uns auch die tiefste Begründung unserer Jugendführungsforderungen. Keiner vernünftiger Mensch wird bestreiten können, daß der Jugendliche gerade im Hinblick auf die Entwicklungszeit einen besonderen Schutz dringend nötig hat.

Der Jugendleiter muß über diese Dinge selbst volle Klarheit haben, wenn er seiner Aufgabe gerecht werden will.

Bei jeder Arbeit kommt es schließlich auf die Persönlichkeit an, die sie verrichtet. Für die Jugendarbeit gilt das ganz besonders. So wie der Jugendleiter ist, so wird auch seine Gruppe sein. Nicht jeder kann für diese Aufgabe geboren sein. Die Zahl der von Haus aus pädagogisch veranlagten Menschen ist außerordentlich gering. Wer aber Liebe zur Jugend und Liebe zur Sache hat und das Bestreben, die Jugend zu begreifen, ihre Art und Lebensverhältnisse zu würdigen, wird seiner Aufgabe gerecht werden können. Da kommt es zunächst darauf an, daß er selbst innerlich jung bleibt, daß er immer Verständnis für das Neue hat, ganz gleich auf welchem Gebiet. Ein Mensch mit konservativer Veranlagung wird schwerlich mit der Jugend umgehen können.

Mit der Jugend denken und fühlen heißt aber nicht, das tun, was die Jugend möchte, sondern es gilt, das von der Jugend Gewollte in die rechte Bahn zu lenken. Bei der Unerschöpflichkeit und Weiraktheit der Jugend muß der Jugendleiter der ruhende Pol sein. Als Kamerad und Freund der Jugend muß sich diese ihm rückhaltlos anvertrauen können.

Durch unsere Jugendarbeit müssen dem Jugendlichen bestimmte Ziele gezeigt werden. Diese liegen zuerst ganz natürlich auf dem Gebiet seiner Berufstätigkeit. Sein Hauptinteresse muß daher auf diese gelenkt werden. Selbstverständlich darf auch hier des Guten nicht zuviel getan werden. Der Mensch, und besonders der junge Mensch, liebt Abwechslung, die ihm innerhalb unserer Jugendarbeit verschafft werden muß. Auch wir haben ein Interesse daran, daß der Jugendliche zum Beispiel gegen die einseitige Beschäftigung in der Werkstatt nicht neugierig wird, sich sportlich zu betätigen. Es ist allerdings eine ganz besondere Voricht auf diesem Gebiet geboten, da die heutige Generation mit dem, was Sport heißt, Umgang treibt. Wir dürfen die sportliche Betätigung nur als Mittel körperlicher Entspannung und nicht als Sportfieber betrachten.

Um den Jugendlichen zu interessieren, soll er auch zur Mitarbeit herangezogen werden. In der Mitarbeit des Jugendlichen liegt ein Stück Erziehungsarbeit. Von diesem Gesichtspunkt aus muß der Jugendleiter diese Sache betrachten. Daher wird der Jugendleiter der beste sein, der es versteht, möglichst viele Jugendliche für die Mitarbeit zu interessieren.

Die vielseitigen Aufgaben, die der Jugendleiter zu erfüllen hat, erfordern dringend, daß er ständig an sich selbst arbeitet. Von ihm wird erwartet, daß er immer mit neuen Anregungen und neuen Vorschlägen kommt. Will er sich in diesem Sinne produktiv erhalten, so muß er ständig auch neue Anregungen in sich aufnehmen. Er muß die Geschichte der Gewerkschaften und die Geschichte unseres Verbandes kennen, muß allgemein orientiert sein auf allen Gebieten gewerkschaftlicher Tätigkeit, muß sich vertraut machen mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen, mit Fragen des Jugendschutzes und des Arbeitsrechts.

Unsere Ausführungen zeigen, wie umfangreich und verantwortungsvoll die Tätigkeit des Jugendführers ist. Wir dürfen darum feststellen, daß diese umfassende und vielseitige Arbeit, die auf den Schultern des Jugendleiters ruht, Menschen von Tatkraft, Initiative, Energie und mit einer tüchtigen Portion Idealismus erfordert. Obwohl man die Erfolge, die durch unsere Jugendarbeit erzielt werden, nicht in Prozenten ausdrücken kann, so zeigt sich doch in unserem Verband ein Zuwachs von jüngeren Mitarbeitern, der sehr erfreulich ist; denn nur die Bewegung wird wahrhaft lebendig bleiben, die es versteht, die Jugend zu verantwortlicher Tätigkeit heranzuziehen.

Richard Timm.

Erfolgreiche Abwehrbewegungen.

Die Versuche der Unternehmer, den Lohn abzubauen, haben in der Holzindustrie bisher einen großen Umfang nicht angenommen. Wo zum Angriff übergegangen wurde, ist den Unternehmern bewiesen worden, daß ihr Plan nicht so einfach durchzuführen ist, wie sie sich es gedacht hatten.

Den Anfang machten die Stuhlfabrikanten in Rabenau. Der Spitzenlohn sollte um 9 Pf. von 109 Pf. auf 100 Pf. abgebaut werden. Als die Kollegen es ablehnten, für diesen Lohn zu arbeiten, wurden sie ausgesperrt. In den Reihen des Unternehmerverbandes waren die Meinungen über diese Aktion von vornherein geteilt. Zunächst aber münzten sie nach außen Geschlossenheit. Aber bald erkannten die wirtschaftlich Weitsichtigsten unter ihnen, daß der Kampf ihnen mehr schade als nütze. In einer Versammlung kam es zum Bruch, was zur Folge hatte, daß die Unternehmer ihre Belegschaften zu den alten Löhnen wieder in die Betriebe holten. Der Kampf ist mit einem vollen Erfolg der Kollegen und Kolleginnen beendet.

Der Verband württembergischer Holzwaren- und Holzspielwarenfabriken hatte das Lohnabkommen zum Zwecke des Lohnabbaues gekündigt. Gefordert wurde eine Herabsetzung des Spitzenlohnes von 96 auf 90 Pf. Die Verhandlungen vor der Schlichtungstammer Stuttgart führten zu einer Vereinbarung, nach welcher das bisherige Lohnabkommen vom 1. August an bis auf weiteres wieder in Kraft gesetzt wird. Der erste Kündigungstermin ist der nächste 15. Oktober. Das Abkommen gilt für etwa 750 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Aussperrung der Schulleistnarbeiter der Firma Dietrich in Darmstadt ist beendet. Am 15. August wurde eine Vereinbarung getroffen, in welcher die Firma sich verpflichtet, die bisherigen Stunden- und Akkordlöhne weiter auszahlen. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen werden wieder eingestellt, das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen. Der Unternehmer hatte einen zehnprozentigen Lohnabbau gefordert. Der Abschluß der Bewegung ist ein voller Erfolg der 40 Mann starken Belegschaft.

Die Möbelfabrik Reugarten u. Eichmann in Ulm wollte die Löhne ab 1. August um 10 Pf. abbauen. Damit waren die Kollegen selbstverständlich nicht einverstanden, sie forderten im Gegenteile eine Lohnerhöhung. Als der Unternehmer bei seiner Forderung blieb, legte die Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder. Nach einem fünftägigen Streik gab die Firma nach. Nach der getroffenen Vereinbarung bleiben die alten Löhne in Kraft mit der Maßgabe, daß der Lohn für Facharbeiter über 22 Jahre ab sofort 9 Pf. ist, und ab 15. September 98 Pf. beträgt. Diese Regelung bedeutet für die Kollegen eine Lohnerhöhung. Weiter wurde vereinbart, daß die Arbeit geschlossen aufgenommen wird. Die paar Streikbrecher werden sofort entlassen. An dieser Bewegung waren 100 Kollegen beteiligt.

Die Stuhlfabrik Böhre in Springe wollte mit dem Lohnabbau bei den Polierern beginnen. Ihnen wurde angeboten, eine bestimmte Sorte Stühle statt für 49 Pf. für nur 40 Pf. zu polieren, wobei die Arbeiter noch das Material selbst zu stellen haben. Die Kollegen haben es vorgezogen, auf die Arbeit zu herabgesetztem Lohn zu verzichten. Am 2. Juli traten die Polierer in den Streik. Inzwischen hat sich die Firma die Sache doch überlegt. Sie verzichtete auf den Lohnabbau, so daß der Streik am 8. August erfolgreich beendet werden konnte.

Lohnlämpfe in Schlesien.

Die Berge kreisten und gebaren ein Mäuslein. Schon seit der Kündigung der Lohnabkommen Mitte Juni ging durch die Betriebe der meisten Orte in Schlesien die Ankündigung eines Lohnabbaues ab 1. August. Bisher, also nach 3 Wochen ist ein solcher Abbau in 8 Orten mit 14 Betrieben unter Kündigung des Arbeitsverhältnisses für 600 Kollegen angekündigt und teilweise durchgeführt. In allen Fällen haben unsere Kollegen diese Zumutung mit der Stilllegung der Betriebe beantwortet. Bescheiden sind unsere Unternehmer nicht. Der Abbau sollte ganz verschieden 6, 12, 9, 15, 16, 23, 14, 18 Pf. pro Stunde betragen. Es handelt sich um die Orte Ratibor, Görlitz, Mustau, Liegnitz, Jiegenhals, Strahlen, Ratibor, Reife und Schweidnitz.

Alle Unternehmer aber beriefen sich dabei auf die Beschlüsse und Anweisungen ihres Verbandes. Das zeugt von einer merkwürdigen Einheitlichkeit im Unternehmerlager. Es hat bald den Anschein, als ob die jetzt stillgelegten Betriebe den ganzen Mitgliedsbestand des Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbandes für das Holzgewerbe in Schlesien noch darstellen, also den Rest von einstiger Herrlichkeit bilden. Aber einerlei, ob es sich im einzelnen Falle um organisierte Unternehmer handelt oder nicht, die Kollegen werden in jedem Falle die Zumutungen auf Lohnabbau entschieden ablehnen.

Lohnerhöhung für Säger.

Zwischen der Graf von der Schulenburgschen Forstverwaltung in Lieberose und unserem Gauvorstand Brandenburg wurde eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die Kollegen eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde erhalten. Die gleiche Zulage erhält die Belegschaft der Firma Kühne in Lieberose. In Betracht kommen im ganzen 72 Arbeiter.

Auch für die Säger der Firma Ernst Lüdicke in Neuenhütten (Verwaltungsstelle Neegerhütten) hat der Gauvorstand Brandenburg die Löhne neu vereinbart. Ab 7. Juli beträgt der Spitzenlohn 63 Pf., ab 8. August 68 Pf. und ab 10. November 72 Pf. Insgesamt beträgt die Zulage 14 Pf. Beschäftigt sind in diesem Betrieb rund 20 Kollegen.

Unternehmerliste.

Die Firma Siskala in Stuttgart beschäftigt etwa 25 Arbeiter mit der Herstellung von Ladeneinrichtungen. Der Unternehmer wollte nach berühmten Mustern die Löhne abbauen. Eine Anzahl Arbeiter wurden einzeln ins Bureau gerufen, wo ihnen eröffnet wurde, daß sie entlassen würden, aber weiterarbeiten könnten, wenn sie um 10 bis 15 Pf. billiger arbeiten wollten. Das war bereits im Juni, gleich nach der Kündigung des Lohnabkommens durch die Unternehmer. Ein so glatter Lohnabbau ist aber auch schon nach den Bestimmungen des Mantelvertrages nicht zulässig. Nachdem Verhandlungen mit dem Betriebsrat ergebnislos geblieben waren, legten die Kollegen am 21. Juni die Arbeit nieder.

Hinter der Lohnabbauaktion steht, wie der Firmeninhaber alsbald andeutete, der Verband Württembergischer Holzindustrieller. Später trat dieser Verband auch offiziell in Aktion, indem er unserer Verwaltung mitteilte, daß die Firma durch Kauf in andere Hände übergegangen sei. Er erwartet von unserem Verband, daß er aus der Änderung der Rechtslage die entsprechenden Konsequenzen zieht. Sein Verlangen erläuterte er dann dahin, daß der „Boykott“ gegen die neue Firma nicht fortgesetzt werden dürfe. Der neue Inhaber, ein Herr Rehm, würde, wenn er Arbeiter einstelle, Leute der früheren Belegschaft „nicht ausschließen“.

Unsere Kollegen hatten für dieses Entgegenkommen kein Verständnis. Sie hatten Zweifel, daß es mit dem Kaufgeschäft seine Richtigkeit habe, aber auch abgesehen davon, konnten sie nicht zugeben, daß in solcher Weise die Löhne herabgesetzt werden in einem Betrieb, der angeblich von einem anderen Unternehmer, aber sachlich unverändert weitergeführt werden soll. Der Verband Württembergischer Holzindustrieller hatte aber immer noch Hoffnung, unsere Kollegen dem Lohnabbau gefügig zu machen, aber auch die am 5. August mit ihm geführten Verhandlungen blieben ergebnislos. Der Streik dauert daher fort.

Immer noch Streik in Basel.

Vom Bau- und Holzarbeiter-Verband der Schweiz wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen im Streit der Holzarbeiter, Zimmerleute und Gipser in Basel sind vollständig gescheitert. Die Unternehmer hatten am 9. August den Arbeitern ihre „letzten und äußersten Konzessionen“ geschickt. Sie wollen die Durchschnittslöhne um 2 Rappen erhöhen. Dabei bringen sie aber eine ganze Serie Verschlechterungen in bezug auf Arbeitszeit, Arbeitsnachweis, und die Zulagen für auswärtige Arbeiter mit ganz geknickten. Die Streikversammlungen der Holzarbeiter und Gipser haben diese Vorschläge als unannehmbar einstimmig abgelehnt. Der Streik der 1300 Holzarbeiter und Gipser dauert also fort und geht jetzt in die 25. Woche. Darunter sind Holzarbeiter, Zimmermann oder Gipser nach der Schweiz.

Mit Lohsainnen dieses Nummern ist am 35. Monatsbeitrag fällig



Holzindustrie



Was wird aus den in kleinen Orten lernenden Tischlerlehrlingen?

Von W. Wittendorf, Geesthacht.

Auf diese Frage wird oft ohne Überlegung geantwortet: „Sie gehen in die Großstädte“, weil es früher vielfach so war. Als Gewerbelehrer in einer kleinen Stadt habe ich jedoch seit langem die Beobachtung gemacht, daß immer ein Teil der jungen Tischlergesellen, die ich als Lehrlinge unterrichtet habe, am Orte bleibt und arbeitslos ist.

Um nun einmal die Verhältnisse hier am Orte genau kennenzulernen, habe ich mir die Mühe gemacht und nachgeforscht, was aus den 53 Tischlern geworden ist, die ich im Laufe von zehn Jahren unterrichtet habe und von denen die letzten Ostern 1930 Geselle geworden sind.

Das Ergebnis meiner Feststellungen ist folgendes: Von den 53 Mann arbeiten 13 im Ort, 2 in der Umgegend, 5 in anderen Orten, 4 davon in Hamburg, 15 haben den Beruf gewechselt, weitere 15 sind arbeitslos, je einer ist auf Wanderschaft und im Ausland, und für den letzten waren Angaben nicht zu erlangen.

Von den 13 im Ort in Arbeit stehenden Gesellen arbeitet einer als Maschinenarbeiter in einer Spantorb-fabrik. Von den 15 Tischlern, die den Beruf gewechselt haben, ist einer in der Inflation aus dem Zahntechnikerberuf herübergewechselt, jetzt aber wieder in seinem ersten Beruf tätig. Bei 5 von den 15 habe ich im Unterricht mangelnde Verurteilung und als Folge davon auch mangelhafte Ausbildung feststellen können; wahrscheinlich werden diese nie wieder als Tischler arbeiten.

Da es eine bekannte Tatsache ist, daß in kleinen Orten stets mehr Lehrlinge ausgebildet werden, als das Wirtschaftsleben dieser Orte später Gesellen aufnehmen kann, habe ich die Zahl der Tischlereien und der darin vorhandenen Arbeitsplätze in der Stadt und den in unmittelbarer Nähe liegenden Dörfern festgestellt, um zu erfahren, wieviel Arbeitskräfte im günstigsten Falle unterzubringen sind. Nach der Größe geordnet ergibt sich folgende Zusammenstellung:

Zahl der Betriebe		Ins-gesamt
mit Maschinen	ohne Maschinen	
2	3	13
Darin Zahl der Hobelbänke		
2	3	71
Davon Bänke mit Lehrlingen besetzt		
4	1	18

Von diesen 13 Tischlereien sind 11 reine Handwerksbetriebe, ein Betrieb betreibt noch eine Kistenfabrik, ein anderer fertigt außerdem fabrikmäßig Aufwandsstische an.

Die Zahl der Hobelbänke beträgt 71. Wenn man nun für die Betriebe mit Maschinen im Durchschnitt für jeden Betrieb noch einen Arbeitsplatz an den Maschinen hinzurechnet, was sicher nicht zu gering angeschlagen ist, so ergeben sich zusammen 88 Arbeitsplätze. Von diesen müssen für die kleinen Betriebe bis zu 6 Bänke für die Meister je ein Platz freibleiben. Es würden also 75 Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Da aber nach der Tabelle 18 Arbeitsplätze mit Lehrlingen besetzt sind, können mithin im günstigsten Falle nur 57 Gesellen beschäftigt werden. In zwei zur I.G. Farbenindustrie A.G. gehörigen Fabriken (Dynamitfabrik und ehemalige Pulverfabrik) können noch 4 oder 5 weitere Tischler Arbeit finden.

Zurzeit beschäftigten alle Betriebe, einschließlich der beiden Fabriken, zusammen 25 Gesellen, und außerdem sind 12 Arbeitsplätze durch Meister besetzt (3 Betriebe haben je 2 Inhaber). Von den vorstehend errechneten 88 Arbeitsplätzen sind also, einschließlich der Lehrlinge, insgesamt 55 Arbeitsplätze besetzt.

Beim Arbeitsamt sind 22 arbeitslose Tischler gemeldet. Da von den in der ersten Tabelle aufgeführten Jungtischlern nicht bei dem zuständigen Arbeitsamt gemeldet sind, bei vorhandener Arbeitsmöglichkeit sich aber sofort nach hier wenden und von den anderweitig in Arbeit stehenden Jungtischlern jedenfalls 7 wieder zum Beruf zurückkehren würden, so muß die Zahl der Arbeit suchenden Tischler mit 33 ange-setzt werden. Von den vorhandenen 88 Arbeitsplätzen sind jedoch nur 55 besetzt, bei besserer Wirtschaftslage könnten mithin alle arbeitslosen Tischler eingestellt werden. Aus diesen Zahlen kann man also die Folgerung ziehen, daß nur die jetzige Krise schuld ist, daß so viele Tischler arbeitslos sind, die Zahl der Lehrlinge jedoch nie zu hoch gewesen ist.

Zu einem anderen Ergebnis kommt man aus folgender Überlegung. Nach Abzug der durch Meister und Lehrlinge besetzten Arbeitsplätze verbleiben etwa 33 die durch Gesellen zu besetzen sind. Nimmt man nun die Arbeitsfähigkeit eines Tischlergesellen mit nur etwa 30 Jahren an, so würde das einen jährlichen Bedarf an Nachwuchs von 11 Gesellen geben. Da aber nach dem zehnjährigen Durchschnitt 5,3 Lehrlinge ausgebildet haben und nach der Zahl der jetzt in der Ausbildung begriffenen Lehrlinge bei vierjähriger Lehrzeit auf einen Jahrgang 4,5 entfallen, so erscheint die Zahl der Lehrlinge um etwa die

Hälfte zu hoch, wenn hier alle Arbeit finden sollen und die Abwanderung nicht größer ist als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Da aber augenblicklich die gesamte Wirtschaftslage einen Tiefstand aufweist wie nie zuvor und auch die Zukunft schwer zu beurteilen ist, wage ich nicht zu entscheiden, ob die jetzige Lehrlingszahl dieser Aufstellung für die Zukunft von großer Bedeutung sein wird. Jedenfalls halte ich die Zahl nicht für so hoch, daß man unbedingt abraten müßte, in den Tischlerberuf einzutreten, weil viele Berufe noch höhere Arbeitslosenzahlen haben und Berufe ohne Arbeitslose in Deutschland zurzeit nicht vorhanden sind.

Die vorstehenden Feststellungen, die im Juli dieses Jahres gemacht sind und nur für ein recht kleines Wirtschaftsgebiet gelten, können natürlich keine Allgemeinbedeutung haben. Vielleicht geben sie aber Anregung, an vielen Orten gleichartige Feststellungen zu machen, zumal die Feststellung der Arbeitsplätze für die Tischlerei besonders leicht ist; dann können immerhin aus einer großen Zahl solcher Feststellungen Schlüsse für die Berufsaussichten gezogen werden.

Der Verfasser betont selbst mit Recht, daß seine Feststellungen und die daraus gezogenen Schlüsse keine Allgemeinbedeutung haben. Einmal deshalb nicht, weil das Erhebungsgebiet sehr klein ist; zum anderen liegen hier die zur Untersuchung stehenden Verhältnisse anscheinend wesentlich günstiger als in anderen Orten. Über die Methode, nach welcher die im günstigsten Falle vorhandenen freien Arbeitsplätze errechnet werden sollen, kann man streiten. Wahrscheinlich trifft keine von den beiden, die der Verfasser anwendet, und auch keine andere das Richtige. Aber es kommt ja auch nicht auf errechnete Wahrscheinlichkeiten an, sondern auf Tatsachen. Und Tatsache ist, daß von den 53 in den letzten zehn Jahren ausgebildeten Tischlern 15 am Orte arbeitslos sind und 15 ihren Beruf haben wechseln müssen, und zwar wohl in der Hauptsache deshalb, weil sie in ihrem Beruf keine Beschäftigung mehr fanden. Wie lange diese Tischler jetzt schon und wie oft sie in den letzten Jahren arbeitslos gewesen sind, ist nicht mit festgestellt worden. Wäre dies geschehen, so hätte sich wahrscheinlich ergeben, daß das Angebot auf dem Arbeitsmarkt für Tischler stets größer war als die Nachfrage. Weiter müßte festgestellt werden, wieviel von den 15 im Orte und in der Umgegend Beschäftigten tatsächlich als Tischler arbeiten. Der Verfasser schreibt, daß von den 13 am Orte Beschäftigten einer als Maschinenarbeiter in einer Spantorb-fabrik tätig ist. Dieser arbeitet also nicht in seinem erlernten Beruf. Von einigen anderen gilt wahrscheinlich das gleiche.

Also auch in Geesthacht ist es mit den Berufsaussichten für Tischler nicht gut bestellt. In vielen anderen Orten sieht es in dieser Beziehung aber geradezu trostlos aus. Wir hoffen, daß die Untersuchungen des Herrn Wittendorf die Ortsverwaltungen unseres Verbandes anregen, ähnliche Feststellungen zu machen. Redaktion der „H.-Z.“

Aus der polnischen Sägewerksindustrie.

Das Statistische Hauptamt der polnischen Republik hat zum ersten Male den Versuch gemacht, die Produktion der heimischen Sägewerksindustrie zu erfassen. Die Erhebung erstreckte sich auf die Jahre 1927 und 1928.

Am Jahresluß 1928 gab es in Polen 1631 Sägewerke mit durchschnittlich 50 000 Beschäftigten. In diesen Betrieben waren 2243 gebrauchsfähige Motoren mit einer Kraftleistung von 105 055 PS vorhanden. Die Produktionskapazität betrug 115 469 58 Kubikmeter Rundholz bei einschichtiger Arbeitszeit. Im Laufe des Jahres 1928 wurden auf sämtlichen Sägewerken insgesamt 7 347 652 Kubikmeter Rundholz geschnitten gegen 7 302 814 Kubikmeter im Jahre 1927. Von dieser Menge entfallen auf den Inlandverbrauch: 353 222 Kubikmeter auf Hartholz (im Jahre 1927 375 248 Kubikmeter) und 4 106 088 Kubikmeter auf Weichholz (3 745 713 Kubikmeter). Für den Export wurden geschnitten 202 376 Kubikmeter (216 898 Kubikmeter) Hartholz und 2 595 966 Kubikmeter (2 664 955 Kubikmeter) Weichholz. Von der Gesamtproduktion entfallen auf die einzelnen Gattungen:

	1928	1927
	Kubikmeter	
Bretter	2 780 424	2 964 166
Falken	992 273	1 124 800
Kanholz	462 837	340 149
andere Gattungen	110 242	91 162
Ristenbretter	105 242	92 165
Böttcherholz	53 914	47 965
Fliesen	32 598	27 652
Spertholz	7 697	7 857
Furniere	2 705	873

Kilogramm

Holzwohle 2 917 016 2 858 736

Außerdem wurden im Jahre 1928 in Spezialfabriken an Furnieren, Spertholz und Holzwohle nachstehende Mengen produziert: 72 287 Kubikmeter Spertholz, 3 698 000 Kubikmeter Furniere und 4 243 974 Kilogramm Holzwohle.

Zusammenbruch der Pianowerte A.G.

Die Deutsche Pianowerte A.G. (Sitz Braunschweig) hat ihre Zahlungen eingestellt und das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Über den finanziellen Stand der Gesellschaft herrscht noch keine völlige Klarheit, angeblich übersteigen die Schulden das Aktientkapital von 35 Millionen Mark um 500 000 Mk. Wahrscheinlich sind sie wesentlich höher. Die Gesellschaft strebt einen Vergleich dahingehend an, daß die gesicherten und bevorrechtigten Gläubiger mit Forderungen bis zu 300 Mk. voll befriedigt werden, die übrigen Gläubiger erhalten den Liquidationsrest in Raten von je 5 Prozent. Ob dieser Vergleichsvorschlag angenommen wird, steht sehr dahin. Es ist auch möglich, daß die Aufstellung einer genauen Bilanz so hohe Schulden an den Tag bringt, daß die Gesellschaft nicht einmal ihren mageren Vergleichsvorschlag aufrechterhalten kann.

Wie dem aber auch sei, das eine steht fest: die Deutsche Pianowerte A.G. ist tot, sie ist in der Wiege gestorben. Wir sagen das nicht aus Spott, sondern mit aufrichtigem Bedauern. Der Zusammenschluß der Firmen Zeitter u. Wintelmann (Braunschweig), Gebr. Niendorf A.G. (Ludenwalde), Richard Göhe (Berlin), Wilhelm Schimmel (Leipzig), Rittmüller u. Sohn (Göttingen), Ernst Rosenkranz (Dresden) und Rheinische Pianofortefabriken C. Mand A.G. (Koblenz) Anfang dieses Jahres zu der Pianowerte A.G. war gewissermaßen ein Lichtblick in der schweren Krise der deutschen Klavierindustrie. Die Klavierindustrie ist angesichts des starken Rückganges in der Nachfrage nach Tasteninstrumenten mit Betrieben übersetzt. Nur ganz wenige Betriebe haben in den letzten fünf Jahren dauernd volle Beschäftigung gehabt. Viele haben ein überaus kümmerliches Dasein geführt. Daran ist freilich nicht immer und ausschließlich die Ungunst der Verhältnisse schuld gewesen, sondern auch die betriebliche und kaufmännische Untüchtigkeit der betreffenden Unternehmer. Ein Wirtschaftswissenschaftler von Weltruf sagte uns einmal, daß er noch in keiner anderen Unternehmergruppe soviel geschäftliche Energielosigkeit vorgefunden habe wie in der deutschen Klavierindustrie. Zu den wenigen Klavierfabrikanten, die in geschäftlicher Hinsicht die Zeit begriffen haben, gehören die Herren Niendorf und Wintelmann, die auch die treibenden Kräfte bei der Gründung der Pianowerte A.G. gewesen sind. Wenn sie nun, wo sie an der Spitze des neuen Unternehmens standen, gescheitert sind, so wohl deshalb, weil die Gesellschaft von vornherein eine zu schwache finanzielle Grundlage hatte.

Der Plan des Zusammenschlusses war, die Produktion und die Kunden der sieben Betriebe auf zwei Werke (Braunschweig und Ludenwalde) zu konzentrieren. Die Betriebsstilllegungen gingen programmäßig vor sich. Die Betriebe in Berlin, Leipzig, Göttingen, Dresden und Koblenz mit zusammen rund 530 Beschäftigten wurden geschlossen. In Braunschweig und Ludenwalde waren Ende 1929 etwa 370 Arbeiter beschäftigt, jetzt dagegen noch knapp 100. Insgesamt beschäftigt diese Unternehmergruppe heute 800 Personen weniger als kurz vor dem Zusammenschluß, also vor reichlich einem halben Jahr. Das ist eine rasende Abwärtsentwicklung.

Die Hoffnung aber, daß das neue Unternehmen mindestens den gleichen Absatz haben werde wie vorher die sieben Betriebe zusammen, ging fehl. Zur Zeit der Gründung der Pianowerte A.G. erzählten die Zeitungen, die neue Gesellschaft stelle 10 Prozent der deutschen Klavierproduktion her. Wir haben diesem Märchen nicht widersprochen, um die Entwicklung des Unternehmens nicht zu stören. Selbst bei Ausnutzung der Kapazität der sieben Betriebe bis zum letzten, hätte ihre Produktion kaum 5 Prozent der Gesamtproduktion betragen können. Die Bedeutung der Pianowerte A.G. war also lange nicht so groß, wie in der großen Öffentlichkeit erzählt wird. Immerhin ist ihr Zusammenbruch ein klärbarer Verlust, besonders für die beteiligten Arbeiter.

Aus der dänischen Klavierindustrie.

In der Vorkriegszeit gab es in Dänemark etwa 53 Klavierbetriebe mit rund 580 Arbeitern. Bei der letzten amtlichen Zählung im Jahre 1928 waren noch 21 Betriebe mit 315 Beschäftigten vorhanden. Die Gesamtproduktion betrug in der Vorkriegszeit 3848 Instrumente (Pianos, Flügel, Harmoniums, Orgeln). 1925 wurden 3632 Instrumente hergestellt. Seitdem ist die Produktion ständig zurückgegangen, und zwar auf 2788 Stück im Jahre 1926, auf 2148 Stück im Jahre 1927 und auf 1978 Stück im Jahre 1928. Für die Jahre 1929 und 1930 liegen Zahlen nicht vor, auf Grund anderen Materials kann jedoch gesagt werden, daß die dänische Klavierindustrie heute noch bedeutungsloser ist als vor zwei Jahren.

Immerhin ist sie in der Lage, den heimischen Bedarf zum größten Teil zu decken. Denn auch in Dänemark ist die Nachfrage nach Tasteninstrumenten stark zurückgegangen. 1913 konnte Deutschland 3089 Klaviere nach Dänemark ausführen, 1929 dagegen nur noch 691. Da eine Einfuhr aus anderen Ländern so gut wie nicht in Betracht kommt, reden die deutlichen Ausfuhrzahlen eine deutliche Sprache über die heutige Beliebtheit des Klaviers in Dänemark.



Internationale Union der Holzarbeiter



Löhne und Arbeitszeit in Amerika.

Die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in der amerikanischen Möbelindustrie sind wiederholt Gegenstand amtlicher Untersuchung gewesen. Aber die Ergebnisse der Erhebungen in den Jahren 1915 und 1929 bringt das „Bulletin“, das Organ der Internationalen Union der Holzarbeiter, einen ausführlichen Bericht. Wir entnehmen ihm folgende Abschnitte:

Das Statistische Amt des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten von Nordamerika veröffentlicht die Ergebnisse einer im Herbst 1929 durchgeführten Erhebung über Löhne und Arbeitszeit in der Möbelindustrie in 17 der insgesamt 48 Staaten der Union. Erfasst wurden 312 typische Betriebe mit 44870 Beschäftigten (davon nur 2958 Frauen), das sind 24,1 Prozent aller Lohnempfänger, die bei der Betriebszählung vom Jahre 1927 in der Möbelindustrie der Vereinigten Staaten ermittelt wurden und wovon nicht weniger als 92,1 Prozent allein auf die 17 in die Erhebung einbezogenen Staaten entfielen. Es wurden nur solche Betriebe erfasst, die hauptsächlich Haus- und Büreaumöbel aus Holz herstellen.

Zum Vergleich liegen die Ergebnisse einer 1915 veranstalteten Erhebung vor. Damals betrug die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt für alle Kategorien 57,4 Stunden, während 1929 durchschnittlich 51,9 Stunden gearbeitet wurde. Der Durchschnittslohn für alle Beschäftigten zusammen stieg in derselben Zeit von 21,4 auf 49 Cents oder 129 Prozent; der Wochenverdienst erhöhte sich um nur 107,8 Prozent, nämlich von 12,24 auf 25,43 Dollar. Einen rohen Vergleich der Reallohne ermöglicht die Maßzahl für Nahrungsmittel, Bekleidung, Beleuchtung, Heizung und Miete, die sich Mitte 1929 auf 170 (1914 = 100) stellte. Hierin beträgt die Steigerung des Reallohnes rund 12 Prozent.

Eine Gegenüberstellung der durchschnittlichen Arbeitszeit und der Durchschnittsverdienste von sechs Kategorien männlicher Möbelarbeiter in den Jahren 1915 und 1929 gibt folgende Tabelle:

Beruf	Jahr	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Durchschnittl. Arbeitszeit je Woche	Durchschnitts- verdienst	
					je Std.	je Woche
Möbeltischler	1915	203	3 767	57,1	0,235	13,38
	1929	302	5 735	52,1	0,560	29,18
Bildhauer, Hand-	1915	97	321	55,5	0,322	17,73
	1929	91	295	48,6	0,956	46,46
Bildhauer, Masch-	1915	55	91	56,6	0,286	16,12
	1929	138	394	51,1	0,765	39,09
Maschinenarbeiter	1915	232	5 817	57,5	0,223	12,74
	1929	296	8 567	52,4	0,512	26,83
Zurrierer	1915	124	640	57,0	0,218	12,34
	1929	145	1 165	52,5	0,451	23,84

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die teilweise sehr großen Unterschiede in Arbeitszeit und Entlohnung in den einzelnen Staaten. Die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche schwankte 1929 zwischen 47 und 56,9 Stunden für männliche und zwischen 45,4 und 55 Stunden für weibliche

Staat	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Durchschnittl. Arbeitszeit je Woche	Durchschnittl. Stundenverdienst		Durchschnittl. Wochenverdienst	
				männl.	weibl.	männl.	weibl.
Kalifornien	15	1738	46,9	0,599	0,492	26,15	22,34
Georgien	5	663	55,1	0,290	—	15,98	—
Illinois	30	5409	50,0	0,608	0,427	30,40	21,35
Indiana	39	4956	52,6	0,443	0,272	23,30	14,39
Kentucky	4	713	37,0	0,453	—	25,78	—
Maryland	12	834	51,0	0,516	0,387	26,37	19,35
Massachusetts	18	2105	48,2	0,645	0,356	31,20	16,98
Michigan	23	5721	51,2	0,555	0,340	28,42	17,48
Missouri	13	691	51,8	0,477	0,319	24,76	15,95
New Jersey	6	520	48,9	0,619	0,404	30,33	18,56
New York	55	6352	51,2	0,566	0,389	29,09	18,98
Nord-Carolina	17	4005	55,0	0,333	0,189	18,32	10,40
Ohio	24	2450	53,3	0,493	0,374	26,42	18,63
Pennsylvania	26	3079	53,1	0,474	0,363	25,22	18,44
Tennessee	4	881	51,5	0,348	0,161	18,93	8,86
Virginia	8	1377	55,0	0,298	0,145	16,39	7,98
Wisconsin	13	2876	53,3	0,459	0,315	24,65	15,75
312	44870	51,9	0,499	0,345	26,00	17,42	

Arbeiter. Der Verdienst pro Stunde schwankte zwischen 29 und 64 Cents pro Stunde für männliche, zwischen 14,5 und 52 Cents für weibliche und zwischen 29,9 und 62 Cents für weibliche Arbeiter; der Verdienst pro Woche zwischen 15,98 und 112,00 Dollar für männliche, zwischen 7,98 und 22,34 Dollar für weibliche und zwischen 15,92 und 100 Dollar für weibliche Arbeiter. Die sozial rückständigen Südstaaten weisen die längsten Arbeitszeiten und niedrigsten Löhne auf. In Georgien, Nord-Carolina, Tennessee und Virginia wird rund 55 Stunden, in Kentucky sogar 57 Stunden gearbeitet, wobei der Durchschnittslohn für männliche Arbeiter sich um 30 Centes bewegt. Inwieweit hier die Beschäftigten von Regern eine Rolle spielt, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber auch die „weißen“ Staaten haben eine lange Arbeitszeit. Ausgeschlossen Zentren der Möbelindustrie, Illinois,

Michigan, Indiana, arbeiten 50, 51,2, ja sogar 52,6 Stunden, wobei die Stundenlöhne sich im Durchschnitt zwischen 44 und 61 Dollarcenten bewegen. Sogar im Staate Newyork beträgt die Arbeitszeit 51,2 Stunden und der Lohn nur etwa 57 Cents.

Die Angaben über die normale Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben im Herbst 1929 zeigen recht erhebliche Unterschiede auf. In den 312 erfassten Betrieben schwankte sie zwischen 44 Stunden in 14 Betrieben und 60 Stunden in einem Betrieb. In nur 19 Betrieben (6,1 Prozent) betrug sie weniger als 48 und in nur 24 Betrieben (7,7 Prozent) genau 48 Stunden. Von den übrigen hatten 94 (30,1 Prozent) eine normale Arbeitszeit von 50 Stunden pro Woche, 31 (10 Prozent) eine solche von 54 Stunden und 81 (26 Prozent) eine solche von 55 Stunden. In 306 Betrieben wurde Sonnabends verkürzt gearbeitet; in nur 3 hatte die Fünftagewoche Geltung.

Die Erhebung des Arbeitsministeriums über die Möbelindustrie zeigt wieder einmal mit der Schärfe nüchterner Tatsachen, daß trotz einer oft bestechenden fortschrittlichen Redseligkeit auch im Unternehmertum des Dollarparadieses soziale und wirtschaftliche Borniertheit Trumpf ist, sofern nicht die starke Faust der Gewerkschaften für die nötigen Korrekturen sorgt. Auch in Amerika nimmt der Durchschnittsunternehmer nur in dem Maße sozialökonomische Vernunft an, wie ihn der organisierte Druck seiner Arbeiter dazu zwingt. Es ist dem amerikanischen Holzarbeiter-Verband trotz erheblichem Aufwand an Zeit und Geld leider nicht gelungen, in der Möbelindustrie festen Fuß zu fassen. Die Folge davon ist, daß der amerikanische Möbelarbeiter innerhalb seiner Klasse nicht, wie wohl sonst überall, am oberen Ende der sozialen Stufenleiter steht, sondern sich vielmehr deren unterem Ende nähert. Nach den sicherlich nicht zu tief gegriffenen Angaben des National Industrial Conference Board, der bekannten Forschungsstelle der Unternehmer, ist für den notwendigen Lebensunterhalt einer Arbeiterfamilie, allerdings gemessen an dem relativ hohen amerikanischen Standard, ein regelmäßiger Wochenverdienst von 20 bis 31 Dollar, je nach der Gegend, erforderlich. Dieser Lohn wird im Durchschnitt selbst vom gelehrten Möbelarbeiter trotz einer normalen Arbeitszeit von 52 Stunden wöchentlich nicht oder nur kaum erreicht, ganz abgesehen davon, daß bei dem Mangel an sozialen Einrichtungen sogar der bestverdienende durch Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. leicht in schwärzeste Armut geraten kann. Der Verdienst des gelehrten Möbeltischlers beträgt in manchen Fällen nicht einmal die Hälfte, mitunter sogar nur ein Drittel des Lohnes eines organisierten Facharbeiters in anderen Berufen. In Newyork z. B. verdient der gelehrte Möbeltischler bei fast 52stündiger Arbeitszeit im Durchschnitt 31 1/2 Dollar, ein organisierter Zimmerer dagegen bei 44stündiger Arbeitszeit 66 Dollar. Während letzterer auf bürgerlicher Stufe zu leben vermag, nähert die Möbelarbeiterklasse sich schon eher jener Unteracht der amerikanischen Arbeiterklasse, in der sich von den uns vor allem interessierenden Berufen u. a. die ebenfalls unorganisierten Sägewerksarbeiter befinden, die nach einer vor zwei Jahren veranstalteten Erhebung bei einer Arbeitszeit von gut 56 Stunden einen Wochenlohn von im Durchschnitt nur 21 Dollar beziehen, während der Verdienst der Ungelehrten sogar auf 17 und 16 Dollar hinabgeht.

Verbandstag des Schwedischen Bauholzarbeiter-Verbandes

In der Zeit vom 14. bis 18. Juli hielt der Schwedische Bauholzarbeiter-Verband seinen Verbandstag ab, an dem auch ein Vertreter unseres Verbandsvorstandes teilnahm. Der Verband umfaßt Bautischler und Zimmerer; seine Mitgliederzahl ist seit seinem letzten Verbandstag 1926 von 13 000 auf 19 500 gestiegen. Im Gegensatz zu den anderen Organisationen im Holzgewerbe, dem Holzindustriearbeiter-Verband (Möbeltischler und verwandte Branchen) und dem Verband der Sägewerks- und Papierarbeiter, hatte der Bauholzarbeiter-Verband nur geringe Kontakte mit den Unternehmern. Die Geschäftslage war im allgemeinen günstig. Der Stundenlohn ist tariflich geregelt, er schwankt zwischen 1,65 Kronen und 0,90 Kronen. Akkordarbeiter erzielen einen Verdienst von 2,50 Kronen im Durchschnitt. Dementsprechend ist auch der Zuschlag zum Tariflohn bei reiner Lohnarbeit. Der Verbandsbeitrag beträgt 1,50 Kronen pro Woche. Hinzu kommen dann die örtlich oder bezüglich beschlossenen Lokalzuschläge, doch dürfte ein Wochenbeitrag von unter 2,50 Kronen nur ganz vereinzelt in Frage kommen.

Der Verbandstag war von 170 Delegierten besetzt. Die Diskussion über den Geschäftsbericht ließ erkennen, daß infolge Grenzstreitigkeiten zahlreiche Differenzfälle, auch unter Aufsicht der Landeszentrale geregelt werden mußten. Lebhaft begrüßt wurde auch der Beschluß, ein eigenes Verbandsorgan, das vorerst monatlich erscheinen soll, herauszugeben. Bei unstritten war der schon auf dem letzten Verbandstag diskutierte Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenunterstützungskasse. Hierüber hat bereits eine Urabstimmung stattgefunden, bei der aber die geforderte Zweidrittelmehrheit nicht erzielt wurde. Mit großer Mehrheit wurde jetzt beschlossen, eine neue Urabstimmung vorzunehmen, bei welcher einfache Mehrheit entscheiden soll.

E. D.

Erfolgreiche Bewegungen in Skandinavien.

Über die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in Skandinavien berichtet das „Bulletin“ unter anderem:

In Dänemark ist der Tarifvertrag für die maschinelle Holzbearbeitung mit kleineren Abänderungen bis 1. Februar 1931 verlängert worden. Die Mindeststundenlöhne sind um 2 bis 5 Öre (1 Krone = 100 Öre = 112 1/2 Pf.), die Akkordsätze der Arbeiter in Holzschuhfabriken um 2 bis 6 Prozent erhöht worden. Der Durchschnittsverdienst der Säge- und Maschinenarbeiter beträgt für Kopenhagen 150 und für das ganze Land 119 Öre pro Stunde. Die Bildhauer haben ihren Tarif mit kleineren Abänderungen in den Akkordsätzen bis 1. März 1932 erneuert. Hier beträgt der Durchschnittsverdienst für Männer 138 Öre in Kopenhagen und 125 Öre in ganz Dänemark, der für Frauen 82 und 77 Öre. Für das Berggoldgewerbe ist ein bis 13. Februar 1931 befristeter Vertrag abgeschlossen worden, der außer einigen Akkordzuschlägen eine Zulage von 5 Öre auf alle Löhne unter 140 Öre pro Stunde gebracht hat. Der Durchschnittsverdienst beträgt 165 Öre. Die Bildhauer haben ihren Tarif bis zum 7. April 1931 verlängert. Der Durchschnittsverdienst beläuft sich auf etwa 144 Öre. Die Drechsler haben Lohnforderungen eingereicht, über die noch verhandelt wird. Die Löhne dieser Kategorie sind verhältnismäßig niedrig; im Durchschnitt nur 130 Öre pro Stunde. Auch die Tischler, die weitaus größte Mitgliedergruppe des dänischen Holzarbeitertarifs, haben ihre Tarifbewegung noch nicht zum Abschluß bringen können. Esfordert wird unter anderem eine Erhöhung um 10 Öre der Zeitlöhne unter 150 Öre in Kopenhagen und 125 Öre in der Provinz. Der Durchschnittsverdienst eines Bau-tischlers beträgt in Kopenhagen etwa 190 Öre, der eines Möbeltischlers etwa 155 Öre. Der Durchschnitt für beide Berufe liegt in der Provinz bei etwa 127 und für das ganze Land bei etwa 150 Öre. Modelltischler erhalten 165 und 140 Öre, während Klaviermacher (nur Kopenhagen) im Durchschnitt 190 Öre verdienen.

In Norwegen liefen sämtliche Verträge für die Sägewerksindustrie in der Zeit vom 31. März bis 15. Oktober 1929 ab. Sie wurden fast ausnahmslos ohne Streik auf zwei Jahre erneuert, wobei für einzelne Gruppen eine kleine Zulage herausgeschlagen wurde. Der mit der Unternehmerorganisation abgeschlossene Landestarif, der etwa 30 Prozent aller in Frage kommenden Betriebe mit insgesamt etwa 3000 Arbeitern erfaßt, gilt bis zum 1. April 1931. Die Einzelverträge für die übrigen 70 Prozent richten sich nach diesem Vertrag. Die Möbelarbeiter haben ihre diesjährigen Tarifbewegungen noch nicht abgeschlossen. In verschiedenen Orten herrscht Streik.

In Schweden sind die Tarifbewegungen erst zum Teil zu Ende geführt worden. Der Holzindustriearbeiter-Verband hat seinen Landesvertrag zum Ablauf am 1. Juli dieses Jahres gekündigt. Diesem Tarif unterstehen 112 Unternehmen mit 3760 Verbandsmitgliedern und 468 unorganisierten in Möbel- und sonstigen Tischlereifabriken, Orgel- und Klavierfabriken sowie Korbmöbel-, Bürsten-, Sperrholz- und Schuhleistenfabriken. Die Forderungen der Arbeiter betreffen eine etwa zwölfpromtente Lohnerhöhung, Verminderung der Zahl der Ortsklassen von 10 auf 7 und Verlängerung der Urlaubsdauer von 4 auf 6 Tage. Die jetzigen Mindeststundenlöhne schwanken zwischen 80 Öre in der niedrigsten Ortsklasse und 1,20 Kronen (1 Krone = 100 Öre = etwa 112 1/2 Pf.) in Stockholm für gelehrte Arbeiter. Hilfsarbeiter erhalten 10 Öre weniger, weibliche Arbeiter mindestens zwei Drittel von den oben angegebenen Mindestsätzen für gelehrte Arbeiter. Außer seinem Landestarif hat der Verband 324 Orts- und Betriebsstarife für 636 Unternehmen mit 8398 Verbandsmitgliedern und 1123 unorganisierten. Der Sägewerksarbeiter-Verband hat seit 1909 einen Landesmantelvertrag mit dem Verein der Sägewerksbesitzer. Dieser Vertrag, der die allgemeinen Arbeitsverhältnisse mit Ausnahme der Löhne regelt, wurde am 22. Dezember 1928 neu abgeschlossen und gilt bis 1. Februar 1932 für rund 15 000 der 39 000 Mitglieder des Sägewerksarbeiter-Verbandes. Die Löhne werden örtlich geregelt. Bei der letzten Tariferneuerung wurden diese Ortsstarife sämtlich bis 1. Februar 1931 befristet, wobei die Zeitlöhne um 7 Öre pro Stunde und die Akkordlöhne um 6 Prozent erhöht wurden. Um die Jahreswende war der Verband an 373 Verträgen beteiligt, die 36 477 Mitglieder umfaßten. Davon waren 92 für 15 654 Mitglieder mit organisierten Sägewerksbesitzern und weitere 39 für 7277 Mitglieder mit organisierten Waldbesitzern abgeschlossen, während die übrigen 242 für 15 017 Mitglieder mit unorganisierten Unternehmern eingegangen waren. Von diesen letzteren wurden zum Ablauf am 1. Februar bzw. 1. April d. J. etwa 40 für 3200 Mitglieder gekündigt. In nur vier Fällen kam es zu Streiks, von denen der wichtigste der der Holzarbeiter in Stockholm gewesen ist, der etwa 200 Mitglieder umfaßte und fünf Wochen dauerte. In allen Fällen wurde eine befriedigende Lohnerhöhung erzielt, trotzdem die Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr fortgesetzt recht hoch war: im Durchschnitt 20,3 Prozent bei den Sägewerksarbeitern.



Unterhaltung und Wissen



Bitte, der Sporer.

Von Berthold Fröhlich.

„Guten Morgen, Bitte!“ — „Morgen, Schröter!“
 „Gib deine alte Trekmäschin mal her. Siehst ja wie ein
 gelattener Krebs aus. Verchlafen?“ —
 „Ja wo. Fahr du mal bei so einem elliigen Wind. Ver-
 mache Schinderei, das!“
 „Warum fährst du denn nicht mit der Bahn? Die geht
 doch bis vor die Fabrik.“
 „Mensch, die paar Knöpfe, die ich da verdiene, die kann
 ich doch nicht der Bahn noch in den Taschen werfen, die brauche
 ich doch fürs Brot! Elle geht nun nicht mehr auf Arbeit, seit
 sie den Jungen hat. Da muß ich alles alleine berappen.“
 „Wie lange fährst du von deiner Wohnung bis hierher?“



„Zwei Stunden, und wenn Gegenwind ist, dann ein paar Minuten länger.“

„Menschenskind, dann arbeitest du ja faktisch 12 Stunden, und wir haben den Achtstundentag.“

Da heulte auch schon die Sirene der großen Möbelfabrik und rief zum Wert.

Bitte erschraf und ging eilig in den Sägeraum. Schnell ließ er die Kreissäge an, daß im nächsten Augenblick ihr kreischendes Lied erschalle. Seine Kollegen brachten ihre Maschinen ebenfalls in Gang und jede übernahm ihre Stimme in der Arbeitsintonie. Ein Höllenlärm für Neulingsohren!

Bedächtig schob Bitte ein Brett nach dem anderen in das geirrigte Maul der Säge. Dabei zeigte sein Gesicht immer denselben ruhigen Ernst, als wären Gedanken und Gefühle ganz in dem Menschen erloschen und er nur noch ein Teil seiner Maschine. Und doch arbeitete es hinter dieser unruhigen Stirn ganz gewaltig. Er überdachte die Vergangenen und rechnete, schmiedete Pläne und rechnete abermals. Er verwarf sie wieder und rechnete erst recht. Aber all den Gedanken aber schwebte wie eine leuchtende Sonne das Bild eines Kleinen, zappligen Knaben, Littes Söhnchens Walter.

Wenn Bitte an seine Vergangenheit dachte, war die Rechnung ganz klar. Er hatte sich unermüdet emporgearbeitet. Aus dem immer hungrigen, abgetunten Jungen der Waschanstalt Bitte, der die Hälfte des Tages auf der Straße zubrachte und Zündhölzchen feilbot, die andere Hälfte aber in dem hinteren Kellerloch der Prenzlauer Straße steckte, war ein kräftiger, geschickter Arbeiter geworden. Er und seine Elsie wohnten in einem Kleinen, aber freundlichen Siedlungsquartier, weit draußen an der Peripherie der Stadt. Also das hiesige Kellerloch blieb Walterchen erspart. Ja, wenn alles klappte, sollte der Pube sogar der Besitzer des freundlichen Häuschens werden. Freilich, 20 Jahre müßten Elsie und er verdammte knausern, damit der Zins auch immer schön zur Stelle ist.

Man könnte sich vielleicht noch eine andere Verdienstmöglichkeit erschließen, wenn man den nachbarlichen Grund dazu rechtete und ein bißchen gärterte. Aber wird es sich lohnen. Und wird man's auch schaffen? Der Garten ums Haus kostete eigentlich schon Mühe genug. Freilich warf er ein paar Körner Obst jedes Jahr ab. Doch für Walter könnte man sich schon noch ein wenig mehr ins Zeug legen. Ein strammer Kerl ist er und so klug. Der darf nicht nur Arbeiter werden. Nein, er muß studieren. Das wird freilich noch manchen Menschen kosten und manchen Schweißtropfen. Aber für den Jungen —

Da ertönte abermals die Sirene. Diesmal verkündete sie, daß es Mittag sei. Bitte stellte die Kreissäge ab und verließ mit den Arbeitsgenossen den Saal. Die meisten Arbeiter gingen in die Kantine, um sich an einem warmen Biobl zu laben. Bitte aber mit seinen Plänen und Wünschen konnte er natürlich nicht den Luxus leisten. Er setzte sich auf einen Stuhl Bretter im Fabrikhofe, packte seine mit zerbrochenen Schritten aus und wand dazu aus einer Thermosflasche Wasser. Übrigens war er auch lieber allein, denn er fürchtete, daß ihm die Kameraden zu allerlei Ausgaben verleiten könnten, und er mußte doch sparen.

Heute sollte ihm aber das Alleinsein nicht recht glücken. Von der blonde Hansen, der die Hobelmaschine bediente, kam er ihm zu und rief: „Kann man ein bißchen mehr auf das

andere Ende deiner Chaiselongue! So. Will schnell noch etwas frische Luft schnappen, heute abend komme ich ja doch nicht mehr dazu, denn da ist Verammlung. Du kommst doch auch, nicht?“

„Nein!“ jagte Bitte und schob den letzten Bissen in den Mund.

„Menschenskind, es ist aber doch wegen der Reichstagswahl am 14. September!“

Liegt ein stilles Grab . . .

Liegt ein stilles Grab
 weit im fernen Land,
 ruht ein Kamerad . . .
 Unbekannt.
 Wenn die Sonne sinkt,
 fällt die Nacht herab,
 klagt ein Vögelein
 am stillen Grab.
 Klagt das Vögelein,
 seufzt ein weher Wind:
 Ruh und schlummre sanft,
 du Mutterkind.
 Hocket Tag um Tag
 an dem Fensterlein
 hoffend, sehndend
 ein alt Mütterlein.
 Jahr um Jahre gehn.
 's Mütterlein wird still.
 Ob ihr Hans . . .
 nicht kommen will?

Karl Benscheck

„Das ist mir ganz schnuppe. Ich habe Wichtigeres zu tun.“ Darauf erhob er sich und wollte gehen, aber Hansen vertrat ihm den Weg.

„Was, du willst ein Arbeiter sein, und da ist es dir ganz schnuppe, wer gewählt wird?“



„Wenn ich aber doch so einen weiten Weg habe, nicht? Und dann muß ich doch nach dem Garten sehen, sonst kriege ich nicht den Zins fürs Haus zusammen. Mein Junge soll nicht sagen können: Mein Vater hat's Geld in die Verammlungen getragen und nun hab ich kein Dach über dem Kopf.“

„Pst, Bitte! Du bist ein Filz. Hast du nicht ein bißchen Solidaritätsgefühl? Jetzt paß mal auf, was ich dir sagen werde. Du bist ein politisches Witzelkind. Weißt wohl gar nicht, warum der Reichstag aufgelöst wurde? Laß dir das erst mal sagen. Sparen wollen die Herren Bürgerlichen, und weißt du auch wo? Natürlich ausgerechnet bei uns Arbeitern! Die Arbeitslosenunterstützung, ja überhaupt die ganze Sozialversicherung wollen sie abbauen. Und das ist dir nun ganz schnuppe? Wenn unsere Fabrik mal stehenbleibt und du kriegst keinen Pfennig Unterstützung, oder du kommst mal mit der Hand in die Säge, da kannst du dann nachdenken, wie du den Zins für dein Haus zusammenkriegst.“

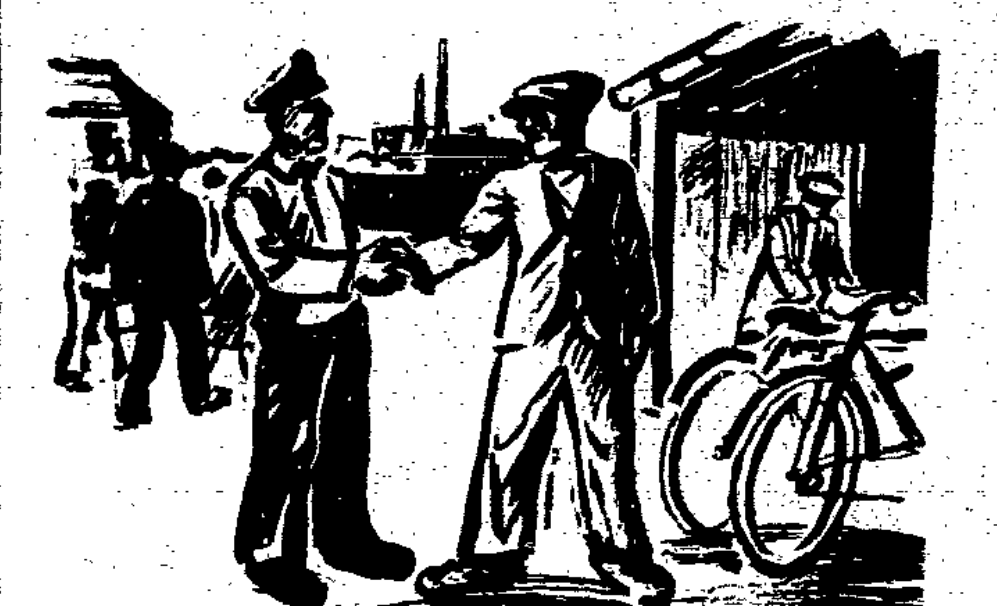
Hansen lief entriistet davon. In Bitte aber arbeitete es gewaltig. Erst überwog der Zorn in ihm, aber je mehr der sich legte, desto mehr mußte er sich eingestehen, daß Hansen eigentlich recht hatte.

Man sollte doch der Politik mehr Interesse entgegenbringen, sonst kommt man gelegentlich unter den Schlitzen. Die Fabrik konnte ja einmal stillgelegt werden, und dann die Gefahr mit der Säge schwebte doch gründlich über einem. Und wenn nun die Parteien aus Ruder kommen, die kein Herz für die Arbeiterschaft haben? —

Die Sirene rief wieder zur Arbeit. Bitte ließ die Kreissäge an und schob abermals Brett um Brett in den gierigen Rachen. Mit dem Pläne schmieden war es aber vorbei. Immer noch hörte er Hansens Worte: „ . . . oder du kommst mal mit der Hand in die Säge. . . .“ Daß ihm früher nie der Gedanke gekommen war. Aber Hansen hatte recht. Die Säge ist eine erbarmungslose Bestie. Wie sie die Zähne flerscht und gierig kreischt. Bitte spürt ordentlich ihre Feindseligkeit. Und wenn man ihr nun ganz schlaglos ausgeliefert ist —

Ja, Hansen hatte recht. Das sieht nun auch Bitte, der Sporer ein. Das ist Pflicht gegen die Arbeiterschaft, aber auch Pflicht gegen die Familie; man muß sich um Politik kümmern.

Als die Sirene das Ende der Arbeitszeit verkündete, atmete er erleichtert auf, denn noch hatten ihn die Zähne der tödlichen Säge nicht erwischt. Beim Fabriktor traf er auf Hansen. Er sagte: „Hansen, du hast mir gewissermaßen die Augen geöffnet. Ich sehe ein, daß du recht hast, und deshalb soll mir auch Zeit und Geld nicht leid tun. Ich komme heute abend in die Verammlung.“



„So ist's recht, alter Knabe“, erwiderte Hansen. Dann drückte er Bitte die Hand, als ob er ihm alle Knochen zerbrechen wollte, und sagte voll Herzlichkeit: „Freundschaft!“

Geimpfte Ulmen.

Das Sterben der Ulmen nimmt einen immer größeren Umfang an. Die Ulmenkrankheit, die bereits die wissenschaftliche Bezeichnung „Graphium Ulmi“ hat, ist bis heute noch nicht vollständig geklärt. Man streitet sich um den Erreger, den die einen in einer Bakterienart vermuten, während die Forschungsergebnisse der Pflanzenbiologischen Reichsanstalt in Dahlem zur Feststellung eines schädlichen Pilzes führten, der als Perast die Ulmenkrankheit verursacht. Augenblicklich ist Prof. Dr. Hestermann in Dahlem mit neuen Versuchen beschäftigt, um ein Gegenmittel gegen diese Pilzbildungen zu finden, da die bisher angewandten Behandlungsmethoden zu keinem klaren Ergebnis geführt haben. Die erkrankten Bäume wurden nämlich durch Einspritzungen in ihre Säfteleitbahnen geimpft. Dieses kostspielige Verfahren hat nur teilweisen Erfolg gebracht und nicht verhindern können, daß in einigen Städten der gesamte Ulmenbestand durch diese ansteckende Krankheit gefährdet wurde. In Berlin sind schon seit einem Jahrzehnt keine Neuanpflanzungen von Ulmen vorgenommen worden, die städtische Gartenbauverwaltung bevorzugt Linden, Ahorn und Birken. In jüngster Zeit wird namentlich in den ruhigen Straßen der Außenbezirke die kugelförmige Mazie stark angepflanzt, die von der heimischen Vogelwelt mit Vorliebe für ihre Nestanlagen gewählt wird. Man hat in den Vororten an verschiedenen Stellen beobachten können, daß fast jeder Mazienbaum ein Nest einheimischer Singvögel aufweist, deren Schutz eine Hauptaufgabe bei der Erhaltung unserer gesiederten Sänger ist.

Flaschen aus Papier.

Man kennt die papiernen Trinkbecher, die in Bahnhofsrestaurants, Trinkbuden und anderwärts zum Ausschank von Bier, Milch und Selterwasser benutzt werden. Der Gedanke liegt nahe, zu versuchen, ob sich das imprägnierte Papier, aus dem diese Becher bestehen, nicht auch zur Herstellung von Flaschen verwenden läßt, was gegenüber den bisherigen Glasflaschen den Vorteil des billigeren Preises, des geringeren Gewichts und der verminderten Zerbrechlichkeit bedeuten würde. Die praktische Verfolgung der Idee, die in Amerika bereits seit einiger Zeit durchgeführt ist, hat gezeigt, daß das in der Tat möglich ist, und so hat die Glasflasche neuerdings auch bei uns in der papiernen sogenannten „Leibfahrtflasche“ (Leibfahrt ist der Name ihres Erfinders) eine sehr bemerkenswerte Konkurrenz bekommen. Die Herstellung der „Leibfahrtflaschen“ geschieht nach einem besonderen Verfahren aus chemisch neutralem Papierstoff ohne Verwendung von Paraffin, und zwar in der Weise, daß erst die Hülle hergestellt wird, in die dann von unten der Boden eingesetzt wird. Der obere Verschluss kann auf verschiedene Weise bewerkstelligt werden: erstens durch Freitragenden der Flaschenmündung mit nachfolgender Verwitterung, zweitens durch Überstülpen eines gleichfalls papiernen Trinkbeckers und drittens durch Einpressen eines besonderen Verschlussstückes. Der ganze Fabrikationsprozess erfolgt durch Spezialmaschinen, von denen jede bis zu 5000 Flaschen in der Stunde liefert. Es ist beabsichtigt, die „Leibfahrtflaschen“ vornehmlich zum Milchtransport zu verwenden, wozu sie sich abgesehen von ihren oben bereits erwähnten Vorteilen, auch deshalb besonders gut eignen, weil sie im Gegensatz zur Glasflasche kein Licht durchlassen, was auf die Haltbarkeit und Frische der Milch von sehr großem Einfluß ist.

Bücher und Zeitschriften

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Solgarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Der Große Brochhaus. Vom Großen Brochhaus, Handbuch des Wissens in 20 Bänden, ist nun der sechste Band erschienen. Er umfasst die Stichwörter von F bis Garzweller. Jeder neue Band des Lexikons wird aufs neue Bewunderung für die Reichhaltigkeit des Inhalts und für die Sorgfalt, mit welcher, sehr häufig durch bildliche Darstellung unterstützt, Auskunft auf die verschiedenartigsten Fragen gegeben wird. Beim stichwörtlichen Durchblättern des Bandes stößt man z. B. auf das Stichwort „Flugzeug“, dem neun Spalten Text und vier Tafeln mit zahlreichen Abbildungen gewidmet sind. „Fliegarbeit“ gilt als eine ganz moderne Angelegenheit, aus dem Brochhaus erfahren wir, daß sie bereits im Jahre 1870 in den Schlachthäusern Chitagos angewandt wurde. Durch 16 Abbildungen erhält auch der Laie einen Begriff von dem Wesen der Fliegarbeit. Auf 8 Spalten des Lexikons findet man eine knappe, aber dabei doch klare Darstellung der „Freien Gewerkschaften“. Interessant ist das Kapitel über „Fälschungen in der Kunst“ mit 25 Bildbeispielen. Der Inhalt ist so reich, daß man überall, wo man das Wert aufschlägt, auf Artikel und Abbildungen stößt, die den Blick fesseln. — Jeder Band des Großen Brochhaus kostet in Ganzleihen 26 Mk., bei Umlauf eines alten Lexikons 24,50 Mk.

Wilhelm-Buch-Buch. Lustige Bildererzählungen mit etwa 160 Bildern, zusammengestellt von Hermann und Olga Kiedele. Verlag Martin Raichler, Berlin NW. 4. Preis in Ganzleihen 1,80 Mk. — Die Herausgabe dieses schönen Wilhelm-Buch-Buches ist zu begrüßen. Aus seinem Inhalt heben wir folgende lustige Geschichten hervor: Die Wurdidreie — Der hohle Zahn — Adelsens Spaziergang — Die Verführung des heiligen Antonius — Der Lohn des Fleißes — Die Straße der Faulheit — Ein galantes Abenteuer — Die Spinne — Widmung zu einem Kochbuch.

Immer wieder, wenn man Langeweile hat oder Ärger vergessen will, greift man zu diesem Buch, durchblättert die 156 Seiten — und ist wieder mehr oder weniger guter Laune. Eingeleitet wird das Buch mit einer aufschlußreichen Biographie Wilhelm Buchs.

Kampf gegen die Bonzen. Das ist ein Thema, das gerade gegenwärtig recht aktuell ist. Freigedruckte veröffentlicht über diesen Gegenstand eine sehr lehrwerte Abhandlung in der Nummer 2 der „Vierteljahrshefte der Berliner Gewerkschaftsschule“. Er beleuchtet in gründlicher Weise den Kampf gegen die „Bonzen“ und führt ihn auf das zurück, was ihm Anstoß und Grundlage gibt, nämlich auf den Kampf gegen die moderne Arbeiterbewegung selbst. Um die großen Organisationen zu schwächen und unwirksam zu machen, sucht man das Vertrauen der Masse in diese Organisationen zu zerstören. Man glaubt, dieses Ziel am besten zu erreichen, wenn es gelingt, das Vertrauen zur Führerschaft zu untergraben. — Das Heft enthält außerdem noch den Bericht der Berliner Gewerkschaftsschule für das Jahr 1929/30. — Die Vierteljahrshefte kosten jährlich 3 Mk., Einzelhefte 1 Mk. Verlag der Berliner Gewerkschaftsschule, Berlin SO. 16, Engelstr. 24/25.

Hauptprobleme der Soziologie. Von Mark Abramowitsch. (Praktische marxistische Lebenserkenntnis.) Verlagsanstalt „Courier“ W. u. S., Berlin. Preis: kart. 3 Mk.

Sozialistische Bildung. Mit den Beilagen „Bücherwart“ und „Sozialistische Bildung“. Herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Bezugspreis 1,50 Mk. im Vierteljahr. Der Herausgeber stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Wirtschafts-Informations-Dienst. Schriftleitung Kurt Heinig und Dr. Hermann, Berlin. Verlag Karl Jwing, Verlagbuchhandlung, Jena. Monatlich 1 Heft. Vierteljahrsabonnement 2 Mk.

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beilagen „Soziales Wandern“, „Der Leib“, den Viebbeigaben und den vierteljährlich beigegebenen Buchbeigaben. Vierteljährlicher Bezugspreis Ausgabe A 1,60 Mk., Ausgabe B 2,25 Mk., Ausgabe C 3 Mk. — Interessenten stellt der Urania-Verlag in Jena auf Anforderung gern kostenlos Probehefte und Prospekte zur Verfügung.

Zentralrententasse der Tischler usw., Hamburg

28. Generalversammlung, abgehalten vom 4. bis 8. August in Köln.

Zum Punkt 1 der Tagesordnung, Bericht der Mandatsprüfungskommission, ist zu berichten, daß zwei Proteste vorlagen, wovon dem einen haltgegeben und die Wahl für ungültig erklärt wurde. Die Beschlüsse des Vorstandes, des Kassierers und des Aufsichtsrates wurden nach eifriger Diskussion von Seiten der Delegierten angenommen und dem Vorstande Entlastung erteilt. Nach dem Bericht der Kassenprüfungskommission beträgt das Vermögen der Kasse 141 248 Mk.

Da eine Invalidenfürsorgekasse ins Leben gerufen wurde, wurden die Beiträge wie folgt festgelegt: 1. Klasse 30 Pf., 2. Klasse 50 Pf., 3. Klasse 70 Pf., 4. Klasse 90 Pf. Hierzu kommt noch der obligatorische Beitrag von 10 Pf. wöchentlich für die Invalidentasse. Das Krankengeld wurde vom 1. Januar ab des Beitrages auf das 18fache erhöht und beträgt in der 1. Klasse 5,40 Mk., in der 2. Klasse 9 Mk., in der 3. Klasse 12,60 Mk. und in der 4. Klasse 16,20 Mk. wöchentlich. Die Erbgebühren wurden in der höchsten Klasse von 144 Mk. auf 162 Mk. erhöht.

Für die erwerbslosen Mitglieder wurden ganz bedeutende Erleichterungen geschaffen; es würde jedoch zu weit führen, hier alles aufzuzählen. Es empfiehlt sich deshalb, ein Protokoll anzufordern, worüber über die Verhandlungen genau berichtet wird. Dasselbe kann von der Haupt- oder Ortsverwaltung zum Preise von 10 Pf. bezogen werden.

Des ferneren sei erwähnt, daß die beiden Sterbepfände zu einer allgemeinen Sterbepfandasse verschmolzen wurden. Die Beiträge betragen hier in der 1. Klasse 50 Pf. und in der 2. Klasse 1 Mk. monatlich, wofür der Sterbepfand bis zur Höhe von 250 Mk. in der 1. Klasse und 500 Mk. in der 2. Klasse gewährt werden. Da auch Nichtmitglieder der Krankentasse dieser Sterbepfandasse betreten können, ist ein breites Agitationsfeld für die Ortsverwaltungen gegeben.

Der Sitz des Aufsichtsrates ist wieder Altona, und die nächste Generalversammlung findet in drei Jahren in Weimar statt.

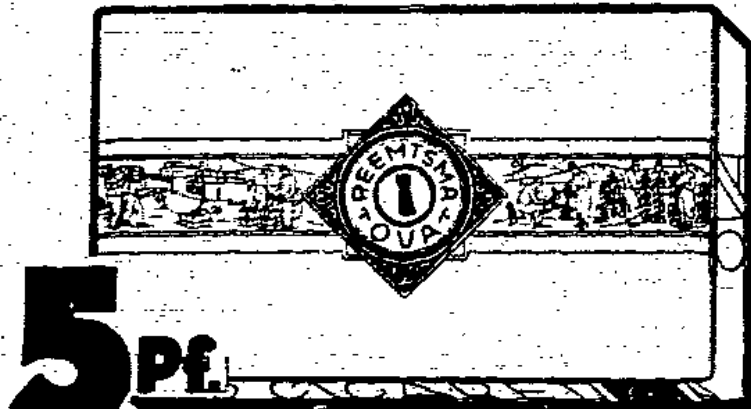
Sämtliche Satzungsänderungen und die Satzung der neuen Sterbepfandasse treten am 1. Januar 1931 in Kraft.

Zum Schluß sei bemerkt, daß die am 1. Januar 1929 eingeführten drei Ertragsbeiträge auch mit dem 1. Januar 1931 außer Kraft gesetzt werden. Der Vorstand: G. A. H. v. Borstchen.



Das Ova-Mädchen

trägt eine große Verantwortung. Echte Orientcigaretten der höchsten Qualitätsstufe sind äußerst empfindlich und verlangen eine sehr gewissenhafte Behandlung.



Ihrer Obhut anvertraut sind täglich viele Millionen der berühmten REEMTSMA CIGARETTEN

OVA

in Hamburger Format



Soeben erschien:
Mein ärztliches Hausbuch
Biochemie, Homöopathie, Volksheilmittel, Pflanzen- und Naturheilmittel. Von Dr. Th. Robert und H. Döhler
Preis für das in Ganzleihen gebundene Werk 4,50 RM.
Verlagsanstalt des Deutschen Solgarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16

Hobelbänke 70RM
2 m l. z., kompl. Stahler, in Qualität, Eisen beste ged. Poth. Preis: gratis.
Karl Ramisch, Pirna, Arößlerickaserne 6

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)
Staatsexaminiert: Prof. Beising, Klopfer, Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Ingenieurtechniker, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Tischlerfertiger.
Priv. Leitung: Dr. Lunde, Heineking

Sprechmaschinen-Laufwerke
komplett, fertig zum Einbauen, mit allem Zubehör von 26 Mk. an. Tonführungen aus Holz und Metall sowie Hausuhren und Hausuhrwerke nach Katalog von Robert Husberg, Neuenrade Nr. 10

Fachschule, Prosp. e. Rückp. für Wagen- u. Karosseriebau Köthen. Ausbildung zu Meistern, Technikern, Kastenmacher-Kurse, Führerschulen

Billigst zu Jobstbrettern liefert original-süddeutsche Hobel und Hobelbänke. Preisliste gratis. Adolf Häftele, Nagold.

Neustadt-Glewe (Pleßenerberg)
Städtische Baugewerkschule
Hochbau, Tiefbau. — Reichsanerkannt.
Den staatlichen Schulen gleichgestellt. Gegründet 1882.

Es war einmal ein Radfahrer,

der sich jahrelang mit Öl- und Karbidlampen herumquälte u. dazu noch eine Menge Geld für Betriebsstoff, Reparaturen und Zündhüter verschwendete. Heute hat er elektrische Licht, das ihm keinen Ärger verursacht und ihm nichts kostet. Feuchtfahrt ist ihm jetzt im Gesicht voller Sicherheit, der BOSCH-Scheinwerfer läßt alle Hindernisse rechtzeitig erkennen. Es selbst bei Regen und Sturm leuchtet unverändert stark, die veränderte das Radlicht von ROBERT BOSCH A.-G., STUTTGART

BOSCH
Preis 25 Mk. inkl. Batterien beim Transmissionshändler

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz)
Ältestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands mit eigener Spinnerei von 32500 Spindeln mit eigener Weberei von 640 Webstühlen
gibt kurze Zeit ab:

Nr.	Preise pro Meter	Breite	Mk. Pf.
85	Gardinen, sog. Vorhangstoff, aus prima feinen Garnen mit indanthren-goldfarbig gestreift	70 cm	0.24
86	Weißes Hemdentuch, leichte Sorte mit Schmitzkante	70 cm	0.25
87	Weißes Hemdentuch, für gute haltbare Wäsche	80 cm	0.45
88	Weißes Hemdentuch, mittelstarkfädig, dichtgeschlossene, vorzügliche Qualität für besonders solide, gute Wäschestücke	80 cm	0.65
89	Weißes Macrotuch, sehr feinfädig, dicht gereinigt, schlossen, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für besonders feine bessere Hemden und Wäschestücke	80 cm	0.72
90	Baumwolltuch, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unzerstörlich im Gebrauch	78 cm	0.49
91	Hemdflanell, indanthrenfarbig gestreift, gute besonders reißfeste Sorte	72 cm	0.38

Über 10 Millionen Fahrräder

laufen in Deutschland, warum wollen Sie nicht im Besitz eines Fahrrades sein, wenn Sie ein erstklassiges Fahrrad ohne jeden Zwischenhandel erwerben können. Verlangen Sie sofort den Katalog 1930 kostenlos. E. und P. STRICKER, Fahrradbau, Brackwede Nr. 34 bei Bielefeld.

Gelegenheitskauf!

92	Hemdflanell, außerordentlich haltbare, Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch	78 cm	0.64
93	Handtücher, dicht geschlossene kräftige Strappazierqualität	40 cm	0.45
94	Hemdenzephir, auch f. Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster	70 cm	0.48
95	Wischtücher, gute Sorte, strapazierbar	45 mal 45 cm per 1/2 Dutzend	0.98
96	Damentaschentücher, weiß, gute solide Sorte mit Hohlsaum	30 mal 30 cm per 1/2 Dutzend	0.88
97	Weißes Hemdentuch, rein weiß, garantiert Baumwolle ohne jeden Appreturzusatz, dicht geschlossen, daher ganz vorzügliche, besonders gute Qualität	80 cm	0.66

Bis auf weiteres erhalten 10% Rabatt. An Stelle des Sie auf diese Preise noch 10% Rabattes auf Wunsch kostenlos eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.— an

Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als anderwärts sind.

Josef Witt, Weiden 392 Oberpf.